



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 60 Mai/2 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

«Was für ein Unfall» – Philosoph Richard David Precht faltet Aussenministerin Baerbock zusammen

26 Apr. 2023 22:10 Uhr, Quelle: Legion-media.ru

Der Philosoph Richard David Precht sprach beim ZDF-Podcast «Lanz & Precht» über Bundesausserministerin Annalena Baerbock und kam dabei richtig auf Touren. Unter anderem traut er Baerbock «unter normalen Bedingungen» noch nicht mal ein Praktikum im Außenministerium zu.

Bei dem ZDF-Podcast «Lanz & Precht» am vergangenen Freitag wurde der Bundesausserministerin Annalena Baerbock eine verbale Abreibung der besonderen Art erteilt.

Der Philosoph Richard David Precht redete sich geradezu in Rage, als es um die Grünen-Politikerin ging. Das Thema des Gesprächs zwischen ZDF-Mann Markus Lanz und Precht war die China-Politik der Bundesregierung.

Precht kritisierte die Einschätzung der Aussenministerin, dass China ein «systemischer Rivale» sei. «Ich verstehe das nicht», so Precht. Laut dem Philosophen wolle China die Welt nicht missionieren – anders als christlich geprägte Länder wie Deutschland.

Doch damit nicht genug. Einmal in Fahrt legte Precht beim Thema Baerbock gleich nach:



Der Philosoph Richard David Precht während der Veranstaltung
«Die vierte Gewalt» am 24. Oktober 2022 in Köln.

«Dann habe ich das Gefühl ... also, wenn ich ganz ehrlich sein darf, dass ich dann immer denke, was für ein Unfall, dass diese Frau Aussenministerin geworden ist. Unter normalen Bedingungen hätte die im Auswärtigen Amt noch nicht einmal ein Praktikum gekriegt.»

Er fügte hinzu:

«Dass jemand mit dieser moralischen Inbrunst einer Klassensprecherin einer Weltmacht, einer Kultur-nation versucht zu erklären, was westliche Werte sind, sie als systemische Rivalen definiert und quasi ein Eskalationsszenario an die Wand malt, eine wertegeleitete Aussenpolitik, die in Wirklichkeit eine konfrontationsgeleitete Aussenpolitik ist, statt einfach mal kleine Brötchen zu backen und sich zu sagen: «Solange wir in Deutschland wirtschaftlich erfolgreich sind, nehmen uns die Chinesen mit allem Drum und Dran ernst.»»

Laut Precht bringe eine stärkere Konfrontation die deutsche Wirtschaft in Gefahr und könne sie geradezu zerstören. «Dann würde unsere westlichen Werte erst recht niemand ernst nehmen», so der Philosoph weiter. Sinnvoll seien nicht Belehrungen, sondern das Vorleben richtiger Standards.



Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich

mit der Änderung des «Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes» am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/inland/168591-was-fuer-unfall-philosoph-richard/>



Selenskys Berater: Wir haben das Recht, alles zu zerstören

APRIL 26, 2023, Von Peter Haisenko

Die Katze ist aus dem Sack. Der Berater von Selensky, Michail Podoljak, gibt bekannt, was ich schon zweimal geschrieben habe. Die Politik der verbrannten Erde wird von Selensky vorsätzlich betrieben. Aber das ist noch nicht alles.

Die Ukraine habe «das Recht, alles auf der Krim, in der Donezker Volksrepublik, in der Lugansker Volksrepublik, in den Gebieten Saporoschje und Cherson zu zerstören, sagte Michail Podoljak, der Berater des Büroleiters von Wladimir Selensky. Er behauptete:

«Warum sollte die Ukraine, die heute in Bezug auf die Rüstung und deren Einsatz absolut auf die volle Zusammenarbeit mit den Partnern angewiesen ist, und welche militärische Mission würden wir mit einem Einschlag auf Moskau erfüllen? Für uns gibt es andere vorrangige Ziele.»

«Was uns das Völkerrecht garantiert, das heisst, wir haben das Recht, alles auf dem Territorium der Krim, der Gebiete Lugansk (LVR), Donezk (DVR), Saporoschje und Cherson zu zerstören.»

Handelt so jemand, der die ehrliche Absicht hat, ein Land zu einen? Bürger für sich zurückzugewinnen? Seit nunmehr neun Jahren steht die Stadt Donjezk unter Beschuss durch Kiows Truppen. Mehr als 14'000 Zivilisten sind schon ermordet worden und ebenso ist zivile Infrastruktur zerstört worden. Die USA und auch die Berliner Regierung unterstützen das. Mit dieser Offenbarung sollte klar sein, wer vor ein internationales Tribunal gehört.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/warum-laesst-selenskij-so-verbissen-um-bachmut-kaempfen/>

Warum lässt Selensky so verbissen um Bachmut kämpfen?

MÄRZ 15, 2023, Von Peter Haisenko

Bachmut oder russisch Artjomowsk hat strategischen Wert. Es steht aber ausser Frage, dass Kiows Truppen dort vertrieben werden. Warum also schickt Selensky zehntausende seiner Soldaten dorthin in den sicheren Tod oder Gefangenschaft?

Es wäre zu einfach zu glauben, es ginge in Bachmut nur darum, der russischen Armee Verluste durch Abnutzung zuzufügen oder gar die Kontrolle über die Stadt zu behalten. In Bachmut können wir beobachten, was Kiews Truppen schon überall in den Gebieten vorgeführt haben, die für Kiew verloren sind. Es sind die Gebiete, in denen die Menschen schon bei Volksabstimmungen bekanntgegeben haben, dass sie lieber unter dem brutalen Joch Moskaus leben wollen, anstatt Helden der Ukraine zu werden. Es sind Gebiete, die zum überwiegenden Teil russischsprachig sind, zu 80 Prozent oder mehr. Die Gebiete mit den Menschen, denen Poroschenko vor neun Jahren verboten hat, ihre Muttersprache zu verwenden. Die Putschregierung in Kiew weiss, dass sie diese Gebiete für immer verloren hat. Was geschieht also wirklich dort?

In Mariupol war es zu beobachten. Die Schergen der Aow-Bataillone haben gezielt Stellungen in Wohnhäusern, Kliniken, Kindergärten und Schulen aufgebaut, sie so zu militärischen Objekten gemacht und die Zerstörung derselben provoziert. Sie haben sich im Aow-Stahlwerk verschanzt, dem grössten Europas, und so dafür gesorgt, dass diese Industrieanlage vollständig zerstört wurde. Dass auch diese Stadt nicht zu halten ist, war von Anfang an klar. Es war Selensky selbst, der jeglichen Rückzug aus der Stadt und dem Stahlwerk bei Todesandrogen verboten hat. Das hat tausende Leben gekostet, aber der Politdarsteller hat so sein Ziel erreicht. Die Stadt und seine Industrieanlagen sind nahezu vollständig zerstört. Selenskys Ziel ist, dass Russland keine unzerstörte, bewohnbare Stadt mit funktionsfähiger Infrastruktur und Industrieanlagen in die Hände fällt.

Was nicht meines sein kann, wird zerstört

Selensky betreibt die Politik der verbrannten Erde wie ein rotziges böses Kind. Wenn ich das Spielzeug nicht haben darf, dann mache ich es kaputt, damit niemand anders Freude daran haben kann. An der Kleinstadt Artjomowsk/Bachmut (max. 90'000 Einwohner) kann der Niedergang der Ukraine nach der Selbstständigkeit exemplarisch dargestellt werden. Gegründet von Russen im 16. Jahrhundert ist seine Einwohnerzahl stetig angestiegen, ebenso wie der Wohlstand, der durch den Abbau der Bodenschätze bedingt war. Riesige unterirdische Kavernen und Tunnel befinden sich unter der Stadt.

Um das Jahr 1900 hatte die Stadt etwa 20'000 Einwohner. 1989 erreichte sie mit 90'000 ihre Blüte. Von da an, als Kiew die Kontrolle übernommen hatte, ging es nur noch bergab. Sowohl was den Wohlstand betraf, als auch die Einwohnerzahl. 2015 waren es nur noch 77'000. Fünf Jahre später waren es nochmals 4000 weniger. Man sieht hieran, dass die Regierung in Kiew nicht einmal in der Lage war und ist, bereits erarbeiteten Wohlstand zu erhalten. Nach dem Verbot der russischen Sprache sind Tausende Richtung Russland geflüchtet. Wie glaubwürdig kann es da sein, wenn Artjomowsk jetzt mit allen Mitteln von Kiew gehalten werden soll, in der sich jetzt nur noch etwa 5000 Zivilisten aufhalten sollen?

Mariupol, Artjomowsk, Cherson

Artjomowsk ist von Selensky das gleiche Schicksal zugeordnet, wie Mariupol. Nichts soll übrig bleiben für die russischen Untermenschen, die die Stadt bewohnen werden. Dasselbe gilt für alle Gebiete, auch die ländlichen, die zu Russland gehören wollen. Kiews Soldaten plündern und brandschatzen alles, was sie aufgeben müssen. Aber auch dort, wo sie schon seit acht Jahren vertrieben sind, richten sie nach wie vor grosse Schäden an und haben so mehr als 14'000 Zivilisten ermordet. Die Stadt Donezk und das Umland wird immer noch mit schweren Waffen im NATO-Kaliber beschossen und täglich gibt es neue Opfer. Dass das Kriegsverbrechen steht ausser Frage. Aber so befindet sich das Kiew-Regime in der Tradition der USA, die in jedem ihrer Angriffskriege zuerst die Städte bombardiert und so Millionen Zivilisten umgebracht haben.

Es wirft ein schlechtes Licht auf den Geisteszustand Selenskys, dass er zehntausende Opfer in den Reihen seiner Armee in Kauf nimmt, mit dem Hauptziel, verlorene Städte zu zerstören, soweit er es kann. Ich erinnere nochmals an Mariupol. Hilfreich dabei sind polnische Söldner, zehn- oder zwanzigtausend an der Zahl, die zwar traditionsgemäss Ukrainer hassen, aber Russen noch mehr. Dass die lustvoll an der Zerstörung ukrainischer Städte teilnehmen, darf nicht verwundern. Schliesslich haben sie noch eine Rechnung offen für die 60'000 Polen, die zum Kriegsende 1945 von ukrainischen Nationalisten ermordet worden sind. Beachten sie dazu den Literaturhinweis am Ende des Artikels. Aber man darf annehmen, dass es allen ausländischen Söldnern, die für das Kiew-Regime kämpfen, ebenfalls gleichgültig ist, in welchem Zustand sie die zivile Infrastruktur hinterlassen. Sicherlich gibt es unter denen auch Psychopathen, die Lustgewinn aus schierer Zerstörung, Mord und Totschlag ziehen. Diese Psychopathen finden sich in jeder Armee und ganz besonders unter Söldnern.

Im Osten wurde das Geld verdient

Die Ostgebiete der Ukraine waren schon immer der Speckgürtel. Dort gibt es Bodenschätze und die zugehörige Schwerindustrie. Nach 1990 war das Durchschnittseinkommen dort beinahe doppelt so hoch, wie in den Westteilen und genau diese Regionen hat Kiew verloren und zwar aus eigener Schuld. Hätte die Putschregierung unter Poroschenko nicht die russische Sprache verboten, wäre überhaupt nichts passiert. Aber man hat ihm goldene Brücken gebaut, mit den Minsk-Abkommen. Die wollte Poroschenko aber nicht

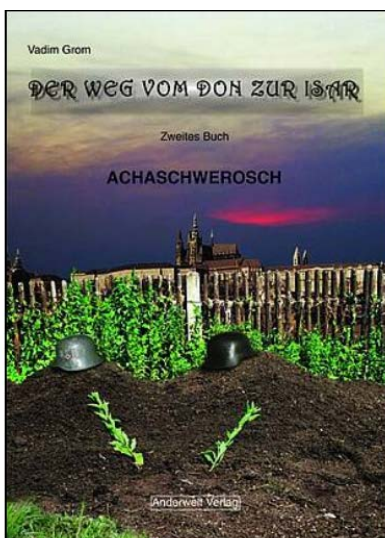
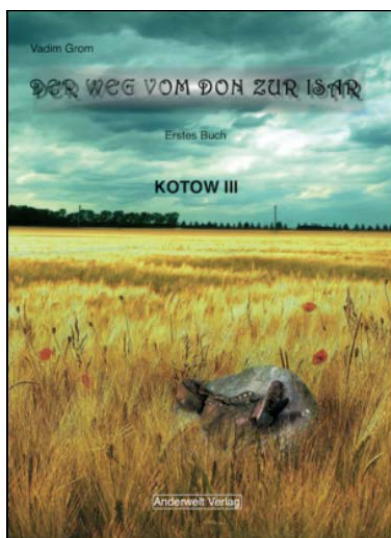
überschreiten, wie er im letzten Jahr zugegeben hat. Und es waren Merkel und Hollande, die auch verkündet haben, dass diese Abkommen niemals dafür gedacht waren, Frieden und eine vereinte Ukraine zu erhalten. Der Krieg mit Russland war geplant von diesen Verbrechern und sie waren sich nicht einmal zu schade, sogar die UN diesbezüglich anzulügen. Man sollte sehen, dass es durchaus ein wirtschaftlicher Gewinn für Russland hätte werden können, wenn nach den Referenden diese industriell entwickelten Regionen unbeschädigt zur russischen Föderation gekommen wären. Man kann an der Krim sehen, wie gut es den Menschen im gesamten Osten der Ukraine gehen könnte, wenn ihnen das Glück zuteilgeworden wäre, ebenfalls zur russischen Föderation gehören zu dürfen. Das aber würde das Renommee des Wertewestens massiv beschädigen. So betreibt Selensky die Methodik der USA in dem Sinn, dass es nirgendwo eine Verbesserung der Lebensumstände geben darf, sobald sie die Kontrolle über ein Gebiet verloren haben.

Munitionsmangel der Kiew-Armeen, weil Zivilisten beschossen werden

Aus den USA kommen schon Stimmen, die Kiew ermahnen, etwas zielgenauer mit Munition umzugehen. Das trifft die Sache nicht. Der enorme Munitionsverbrauch der Kiew-Armee liegt vor allem daran, dass sie aus allen Rohren feuern in dem Bestreben, soviel Schaden wie möglich dort zu hinterlassen, was sie nicht mehr haben können. Ob das militärisch sinnvoll ist, spielt da keine Rolle. Es ist der pure Hass, der die Aktionen bestimmt. Dass sie dafür nicht zur Ordnung gerufen werden liegt auch daran, dass die Politiker des Westens von demselben Hass zerfressen sind. Sie nehmen jedes (Kriegs-)Verbrechen in Kauf, enorme Schäden an der eigenen Wirtschaft, hunderttausende Leichen, Hauptsache, es könnte Russland schaden. Solange die NATO also Waffen an Kiew liefert, unterstützt sie Selenskys Politik der verbrannten Erde, der totalen Zerstörung. Alle Politiker, die das unterstützen, befinden sich zwar in der US-Tradition, aber sie machen sich schuldig an Zerstörung, Tod und Flucht von unschuldigen Zivilisten. Seymour Hersh hat jetzt der US-Politik vorgeworfen, ihre Politik sei von Hass getrieben. So kann ich nur hoffen, dass in absehbarer Zeit die neu erschaffenen Gesetze gegen Hassrede den Erschaffern auf die Füße fallen werden. Wie anders kann man die Reden gegen Putin und Russland verstehen, als von schierem irrationalen Hass getrieben? Aber Hass und Angst sind schlechte Berater und so ist denn auch erklärbar, was in der Ukraine abläuft und warum Selensky, der (Kriegs-)Verbrecher, immer noch im Westen hofiert wird. Mir tun die armen Jungs leid, die nicht nur in Artjomowsk sinnlos verheizt werden. Da kann ich nur hoffen, dass wenigstens das Karma die verantwortlichen Verbrecher bestrafen wird.

Literaturhinweis:

Mein Vater beherrschte auch die ukrainische Sprache in muttersprachlicher Qualität. So konnte er 1944 Polizist in der Gegend von Lemberg werden. Da gab es viele Nationalisten, Banderisten, und als diese mit meinem Vater vor der Roten Armee nach Westen flohen, wurden sie von polnischen Partisanen angegriffen. Die hätten alle erschossen, wenn nicht der Chef der Polen ein Mann gewesen wäre, dem mein Vater Jahre früher zur Flucht aus der Sowjetunion verholfen hatte. Das hat dem Tross das Leben gerettet. Dann aber wollten diese ukrainischen Nationalisten meinen Vater erschiessen, ihren Retter, weil er einen polnischen Freund hatte und weil er polnisch sprechen konnte. Er musste vor seinen «Freunden» fliehen. Lesen Sie die gesamte abenteuerliche Geschichte in seinem autobiographischen Werk «Der Weg vom Don zur Isar» in Band zwei. Bestellen Sie Ihre Exemplare dieser einmaligen Lebensgeschichte direkt beim Verlag hier. Band eins und zwei im preiswerten Taschenbuchformat.



Die riesige kriminelle Energie des Pharma-Riesen Pfizer

Hwludwig, Veröffentlicht am 26. April 2023

Uwe Kranz – ehemaliger Leitender Ministerialrat, LKA-Präsident in Thüringen und nationaler Experte bei Europol – hat sich als Kriminalist mit den verbrecherischen Machenschaften des Pfizer-Konzerns unter dem Titel «Pfizer – eine kriminelle Organisation?» befasst. Wobei das absichernde Fragezeichen angesichts vieler Gerichtsbeschlüsse, Vergleiche, rechtskräftiger Verurteilungen, anhängiger Verfahren in den verschiedensten Instanzen und der Erkenntnisse aus den Pfizer-Files («exceptionelle Verbrechen an der Menschlichkeit») eigentlich unnötig ist, wie er selber in einer E-Mail bemerkt. Wir entsprechen seinem Wunsch auf Verbreitung und übernehmen nachfolgend seinen Artikel. (hl)

Pfizer – eine kriminelle Organisation?

Von Uwe Kranz

Ach, wo denken Sie hin... das kann doch nicht sein! Pfizer – das ist doch die amerikanische Pharmafirma, die uns vor den Covid-Unbilden gerettet hat! Die uns gemeinsam mit dem Mainzer Biontech-Unternehmen an der Goldgrube in wundersam kurzer Zeit das Wunder-Vakzin Comirnaty beschert hat, jenen «Impfstoff», der «sicher und wirksam ist», der spätestens nach dem zweiten Pieks «immunisiert», mit dem man «sich selbst und andere vor Infektionen schützen» kann, später «zumindest schwere Covid-Erkrankungen» verhindert! Jener «Impfstoff», mit dem angeblich «20 Millionen» Covid-Infizierte vor dem sicheren Tod bewahrt worden sind (was von der Direktorin der Europäischen Arzneimittel-Agentur in Amsterdam (EMA), Emer Cooke, vor dem Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) in letzter Sekunde ihrer Befragung dahingehend berichtet wurde, dass sich die Zahl «20 Millionen» auf alle Impfstoffe beziehe, die seit Beginn der Zählungen verabreicht worden seien. Aber das ging im allgemeinen Geplapper dann wohl irgendwie unter).

Und «Organisierte Kriminalität» (kurz OK)? Das sind doch immer bloss diese bösen libanesischen Clans, die sizilianischen Mafiosi, die osteuropäischen «vory y zakone» («Diebe im Gesetz»), die kalabrische «Ndragheta», oder, oder, oder...!!!? Seit Jahrzehnten wird in der Welt der Kriminalisten und Juristen an der Definition gefeilt, was denn eigentlich OK sei. Das Bundeskriminalamt schreibt in seinen OK-Bundeslagebildern Jahr für Jahr die folgende, inzwischen längst antiquierte Lesart der Gemeinsamen Arbeitsgruppe Justiz/Polizei (GAG) vom Mai 1990 fort:

«Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmässige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen, unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.»



Herz der Finsternis: Skandalkonzern Pfizer (Foto: Pixabay)

Könnte man demnach also auch die Deutsche Bank...? Schliesslich gibt es ja auch keine Legaldefinition des Gesetzgebers für den Begriff «Wirtschaftskriminalität» (WiKri), weshalb das BKA den Straftatenkatalog des Gerichtsverfassungsgesetzes (§ 74c GVG) bemühen muss, um wirtschaftliche Straftaten wie Betrug, Geldwäsche, Insider-Handel mit Aktien und vieles andere mehr als WiKri zu erfassen.

Realistischer Blick auf kriminelle Vita

Wie wäre es denn zur Abwechslung einmal mit einem realistischen Blick auf die kriminelle Vita eines Pharmaunternehmens? Vielleicht zunächst nur einmal auf Pfizer – das liegt in diesen Zeiten ja recht nah (Quellen: BigPharmaNews.com/https://t.me/ oder Klartext20/21Gemeinsam/24657 oder #PfizerFiles oder viele weitere mehr)? 1994 zahlte Pfizer freiwillig 19,75 Millionen US-Dollar zur Beilegung der Vorwürfe des Justizministeriums, dass der Konzern gelogen hätte, um die staatliche Zulassung für eine mechanische Herzklappe zu erhalten; in der Folge seien dann Sicherheitsbedenken vertuscht worden – obwohl das Gerät Patienten tötete.

1996 verabreichte Pfizer 200 nigerianischen Kindern das Antibiotikum «Trovan» – ohne zuvor die Eltern darüber informiert zu haben, dass es sich dabei um ein medizinisches Experiment handelte oder je um Erlaubnis gefragt zu haben; 11 Kinder starben, viele erlitten schwere Nebenwirkungen (bleibende Gehirnschäden, Organversagen, Erblindung, Taubheit). Zunächst einigte sich Pfizer mit vielen Klägern aussergerichtlich auf eine Entschädigung in Höhe von 75 Millionen Dollar. Das Geld sollte zu einem Teil in einen von Pfizer eingerichteten Meningitis-Fonds fließen, aus dem die Opfer und deren Familien entschädigt wurden, zu einem anderen Teil in Gesundheitsinitiativen im nigerianischen Bundesstaat Kano; weitere 10 Mio. Dollar gingen für die Gerichtskosten drauf. Noch immer sind 186 Klagen in der Schwebe, die Rede ist von vor US-Gerichten eingeforderten Entschädigungen in Höhe von sieben Milliarden US-Dollar.

Skandal folgte auf Skandal

2008 folgte dann der Neurotonin-Skandal: Pfizer soll negative Studien vorsätzlich verzögert veröffentlicht und den Fluss klinischer Forschungsdaten kontrolliert haben; negative Daten wurden in ein positives Licht gerückt (die «New York Times» schrieb damals: «Experten folgern, dass Pfizer Studien manipuliert hat»).

Nachdem bereits 2004 430 Millionen Dollar geblecht wurden, zahlte Pfizer 2009 2,3 Milliarden US-Dollar Strafe und gestand ein, das Schmerzmittel Bextra in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht der Irreführung falsch gekennzeichnet, Schmiergelder an willfähige Ärzte gezahlt und auch für andere Medikamente illegal beworben zu haben.

Im selben Jahr wandte Pfizer 750 Millionen US-Dollar auf, um 35'000 Klagen beizulegen, weil sein Diabetes-Medikament Rezulin für 63 Todesfälle und Dutzende Fälle von Leberversagen verantwortlich gewesen sei; die US-Zulassungsbehörde Food and Drug Agency (FDA) stellte sich dennoch hinter das Medikament – obwohl die Zahl der Todesfälle weiter zunahm und kein lebensrettender Nutzen nachgewiesen werden konnte. 2010 wurde Pfizer zur Zahlung von 142,1 Millionen US-Dollar Schadensersatz verurteilt, weil es durch den betrügerischen Verkauf und die Vermarktung des erwähnten Präparats Neurotin für nicht von der FDA zugelassene Verwendungszwecke gegen Bundesgesetze zur Bekämpfung von Betrug verstossen hatte.

Und ebenfalls 2010 musste der Konzern eingestehen, dass er alleine im zweiten Halbjahr 2009 mit rund 20 Millionen US-Dollar 4500 Ärzte und andere medizinische Fachkräfte geschmiert hatte. Nur mit diesem öffentlichen Eingeständnis konnte Pfizer eine Bundesuntersuchung wegen illegaler Arzneimittelwerbung verhindern. Ausserdem wurde Pfizer 2010 vom Blue Cross verklagt, weil der Konzern angeblich 5000 Ärzte mit opulenten Karibik-Urlaube, Massagen und anderen Freizeitaktivitäten illegal bestochen habe, um das Medikament Bextra ebenfalls off-label einzusetzen.

Hunderte Millionen für Klagebeilegungen und Strafen

Zwei Jahre später wurde Pfizer dann von der United States Security and Exchange Commission (SEC), der US-amerikanischen Wertpapieraufsichtsbehörde, wegen Verstoss gegen den Foreign Corrupt Practices Act verklagt, da seine Tochtergesellschaften jeweilige ausländische Regierungsärzte in Bulgarien, China, Kroatien, der Tschechischen Republik, Italien, Kasachstan, Russland und Serbien bestochen hatten, um Aufträge zu erhalten.

Bis 2012 hatte Pfizer schon 1,2 Milliarden US-Dollar (896 Millionen plus Kosten) bezahlt, um die Klagen von fast 10'000 Frauen abzuwenden, die der Ansicht waren, dass das von Pfizer vertriebene Medikament gegen Wechseljahrsbeschwerden Prempro, bei ihnen Brustkrebs verursachte. Dazu gehörte auch ein Schadenersatz für die Zurückhaltung von Informationen über das Brustkrebsrisiko durch den Arzneimittelhersteller.

Bis zum Jahr 2013 zahlte Pfizer ausserdem 55 Millionen US-Dollar, um die strafrechtlichen Vorwürfe zu klären, Patienten und Ärzte seien nicht vor den Risiken von Nierenerkrankungen, Nierenschäden, Nierenversagen und akuter interstitieller Nephritis gewarnt worden, die durch den von Pfizer produzierten Protonenpumpenhemmer Protonix verursacht werden können.

Ebenfalls 2013 zahlte Pfizer 288 Millionen US-Dollar, um die Klagen von 2700 Personen beizulegen, denen zufolge das Anti-Raucher-Mittel Chantix bei ihnen Selbstmordgedanken und schwere psychische Störungen verursacht habe.

Pfizer-Files: Schockierende Enthüllungen

Das alles war lange vor Corona. 2021/2022 unterdrückte Pfizer schon vor der Zulassung von Comirnaty für Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren bei den klinischen Studien (Teilnehmer waren 1131 Kinder) schwere Schäden, die vom Konzern teilweise als «Bauchschmerzen» abgetan wurden – obwohl es sich um schwere Lähmungen handelte (etwa im Fall Maddie de Garay).

Diese und viele weitere exzeptionellen Verbrechen an der Menschlichkeit wurden im Rahmen der Aufarbeitung der über 300'000 Pfizer-Files bekannt, nachdem – nach einer Klage von über 200 Ärzten, Wissenschaftlern und Experten aufgrund des US-Freedom of Information Act (FOIA) – von einem texanischen Richter verfügt wurde, dass die FDA die Zulassungs-Unterlagen von Pfizer herauszugeben habe und diese in monatlichen Tranchen zu je 55'000 Dokumenten zu veröffentlichen seien.

Ein Rechercheteam von 3500 Experten analysierte im Auftrag von Steve Bannon («War Room») und Naomi Wolf («Dailyclout») die gesammelten Dokumente und gaben jüngst ein erstes Exzerpt von 50 Berichten heraus (jetzt auch in deutscher Fassung erschienen); klassische Fälle, die belegen, wie Pfizer, Biontech, Politik und Medien – auch mit Hilfe von Big Tech und mit raffiniertesten Mitteln der Täuschung, Unterdrückung, Verfälschung, Zensur sowie betrügerischen Aktivitäten – das Zulassungsverfahren gemeinsam mit FDA und deren EU-Pendant European Medical Agency (EMA) durchgesetzt haben («Pfizer Dokumente, Analysis Reports», herausgegeben vom Kindle-Verlag).

Publikationen, auch solche in den sozialen Medien, die von den Vorgaben des «globalen Wahrheitsministeriums» WHO abwichen, wurden mit den Etiketten «falsch», «irreführend», «ohne Kontext» versehen: Die Manipulation der Öffentlichkeit erfolgte auch durch angebliches «Fact-Checking» von «Correctiv», «Redaktionsnetzwerk Deutschland» und anderen einschlägigen «Wahrheitswächtern» als Einschüchterungs-Waffe. Angst und Panik als Mittel, drastische politische Massnahmen und Grundrechtseingriffe anzustossen und durchzudrücken: Diese Masche begleitete die «Pandemie» von Beginn an. Diese teils bis heute anhaltende Desinformation wird jetzt in den zahlreichen weltweit eingeleiteten Strafverfahren (und den allein in Deutschland derzeit schon rund 185 Zivilklagen gegen alle vier grossen Hersteller der Corona «Impfstoffe») hoffentlich bald ein Ende gesetzt.

Aufklärung und Tribunal tun not

Das Erschreckende jedoch ist, wie sich die staatlichen Sicherheitswächter der Gesundheit weltweit von Pfizer & Co über den Tisch ziehen liessen; wie schnell und bereitwillig sie jahrzehntealte, bewährte Standards aufgaben; wie geschmeidig störende Definitionen aufgeweicht wurden; wie leicht – oder allzu gerne – sich die Behörden täuschen liessen; wie wenig sie nachfragten oder einforderten, wie einfach sie vergassen, Daten zu erheben, die doch schon auf dem Präsentierteller lagen; wie schnell sie unbesehen ihren «Segen» gaben und schliesslich aus einer hochumstrittenen Notfallzulassung eine endgültige Zulassung zimmerten. Und all das, wohl gemerkt, in enger Zusammenarbeit mit einem US-Pharmaunternehmen wie Pfizer, dessen kriminelle Vita wohl beispieles ist.

«So nahe grenzt Wahres und Falsches, dass ein Weiser die geringste Übereilung vermeiden muss» wusste schon Marcus Tullius Cicero (106–48 v.Chr.). Unsere Gesundheitswächter und -agenturen haben sich gemein gemacht mit gemeinen, korrupten Gesundheitsraffkes. Dieser historische Skandal muss in aller Tiefe und Ruhe, aber auch mit der nötigen Bestimmtheit aufgeklärt werden – und darf eben nicht in den üblichen, nichts nutzigen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen versanden. Aufarbeitung ist nur möglich im Rahmen einer von echten Experten besetzten Enquetekommission – am besten aber vor dem Internationalen Strafgerichtshof oder einem anderen internationalen Tribunal.

Quelle: <https://ansage.org/pfizer-eine-kriminelle-organisation/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/04/26/die-riesige-kriminelle-energie-des-pharma-riesen-pfizer>

Der tschechische Geheimdienst-Insider Petr Pelz sieht die Entstehung des Ukraine-Krieges mit anderen Augen und wagt Aussagen, die von den NATO-treuen Medien nicht gerne gehört werden.

«Der Konflikt in der Ukraine wurde vom Westen angezettelt»

26. April 2023, Autor: Redaktion

Der tschechische General im Ruhestand Petr Pelz, ehemaliger Direktor des tschechischen Militär-Geheimdienstes, wurde auf dem privaten Radio «Radio Universum» von der bekannten tschechischen Moderatorin Martina Kociánová interviewt. Etliche seiner Aussagen in diesem Interview unterscheiden sich total vom «offiziellen» Narrativ der NATO-freundlichen Mainstream-Medien, wie der Krieg in der Ukraine entstanden ist. – Achtung: Da das Interview im Radio mündlich gemacht wurde, ist auch das Skript davon gelegentlich etwas gar umgangssprachlich. Aber des Generals brisanteste Aussagen sind trotz allem unmissverständlich.



Einleitung von Martina Kociánová: Der einzig richtige Weg, den Konflikt in der Ukraine zu beenden, ist eine politische Einigung, sagt der chinesische Präsident Xi Jinping. Das sagte er zum Beispiel nach seinem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron im April, der eigens nach China geflogen war, um über den Krieg in der Ukraine zu sprechen. Kurz zuvor, im März, stattete der chinesische Präsident Moskau einen dreitägigen Staatsbesuch ab, und schon früher stellte Peking seinen Friedensplan für die Ukraine vor. Doch viele westliche Länder stehen Pekings Vorschlag angesichts der engen Beziehungen zwischen China und Russland skeptisch gegenüber. Wann und unter welchen Bedingungen wird dieser Konflikt enden? Wie wird er die Welt, in der wir leben, verändern? Und wie werden wir nicht nur über diesen Konflikt, sondern über alle wichtigen Entwicklungen um uns herum und in der Welt informiert? In einer Demokratie treffen die Menschen Entscheidungen, aber das A und O für gute Entscheidungen sind zweifellos gute Informationen. Haben wir die?

Ich werde einen der massgeblichen Experten für militärische Angelegenheiten, aber auch für die Arbeit mit Informationen, befragen: Einen ehemaligen Direktor des militärischen Nachrichtendienstes, einen ehemaligen Diplomaten, Botschafter in Afghanistan, und ich möchte Sie (die Zuhörer und Zuhörerinnen, Red.) auch daran erinnern, dass er viereinhalb Jahre lang in New York als Sicherheitsberater des Ständigen Vertreters der Tschechischen Republik bei der UNO gearbeitet hat: General Petr Pelz ist mein Gast.

Fragen und Antworten

Martina Kociánová: Herr General, wir haben wiederholt verbale Scharmützel darüber erlebt, ob wir uns im Krieg befinden oder nicht. Argumente und Pseudoargumente flogen von einer Seite zur anderen. Der Premierminister behauptete, wir befänden uns im Krieg. Dann, nach einer Weile, wurde diese Aussage zur Metapher erklärt. Doch als der Vorsitzende der Oppositionspartei verkündete, er wolle nicht, dass wir in einen Krieg hineingezogen werden, wurde er dafür angegriffen, dass er den Krieg für einen politischen Kampf benutzt. Chaos der Worte, Chaos der Bedeutung – Verwirrung. Sagen Sie mir als Militär- und Sicherheitsexperte, was halten Sie davon? Befinden wir uns im Krieg oder nicht?

Petr Pelz: Ich denke, wir müssen es so angehen, dass wir heute tatsächlich in einer Welt der virtuellen Realität leben und die heutigen politischen Führer im Westen eine Generation sind, die nur Worte, Posen und Metaphern ernst nimmt. Manchmal passt die Metapher also so, manchmal passt die Metapher genau umgekehrt. Wir befinden uns natürlich nicht im Krieg, denn das sähe hier anders aus, und es wäre schwierig, den Menschen all die Opfer zu erklären, die sie auf dem Altar dieses Unternehmens bringen müssten, und damit meine ich jetzt nicht nur direkt in den Krieg zu ziehen und dort zu sterben oder verwundet zu werden, sondern auch wirtschaftlich. Ich schätze, die Steuern müssten erhöht werden und so weiter. Manchmal ist es also praktisch und manchmal nicht, dass wir uns im Krieg befinden.

Martina Kociánová: Aber wenn ich einwerfen darf, ich habe gerade eine Aussage von Ihnen gelesen, dass wir uns angesichts der Art und Weise, wie wir kooperieren, uns an Sanktionen beteiligen, Waffen liefern, ukrainische Soldaten ausbilden, ausbilden, ausbilden, wie man so schön sagt, dass wir uns praktisch im Krieg befinden.

Petr Pelz: Aber genau das wollte ich sagen, als ich «A» sagte...

Martina Kociánová: Ja.

Petr Pelz: Es war ein A nach dem Komma, oder aber...

Martina Kociánová: Dass wir uns eigentlich offiziell im Krieg befinden, aber...

Petr Pelz: Was die militärische Logik angeht, fürchte ich, dass wir von Russlands Standpunkt aus gesehen – ich will nicht sagen rechtlich, denn die Gesetzgebung ist eine komplizierte Angelegenheit, aber wir sind ein logisches ... Wir können unter bestimmten Umständen, wenn jemand im russischen Generalstab be-

schliesst, dass die Ausbildung von Soldaten, die gegen sie kämpfen, vermieden werden sollte – wir können zu einem Kriegsziel werden. Ich denke, und ich spreche hier nicht von internationalem Recht, dass die militärische Logik eine solche Situation herbeiführen kann.

Martina Kociánová: Sagen Sie mir, warum glauben Sie, dass die Worte des Premierministers, «Wir befinden uns im Krieg», anfangs so stark waren, und warum diese Worte dann in Frage gestellt wurden? Ich denke, das ist eine so starke Aussage, dass wir hier wahrscheinlich jedes Wort abwägen sollten. Haben Sie den Eindruck, dass wir zu sehr mit dem Begriff jonglieren?

Petr Pelz: Auf jeden Fall. Aber ich verstehe den Präsidenten in dieser Frage: Erstens wird der Lebensstandard hier (in der Tschechischen Republik, Red.) drastisch gesenkt, weil wir Teil von, meiner Meinung nach, völlig sinnlosen Sanktionen gegen Russland und andere internationale Organisationen sind, also müssen wir das irgendwie rechtfertigen. Nun, lassen Sie sich nicht überraschen: Die Rentner werden weniger Geld bekommen – wir befinden uns im Krieg. Dann wird jemand vor den Wahlen sagen: «Ziehen Sie uns nicht in den Krieg, ich bin gegen den Krieg.» Und wenn jemand das sagt, wie in diesem Fall Herr Babiš, dann ist das natürlich falsch, denn wir befinden uns nicht im Krieg, und das nutzt jemand aus. Befinden wir uns also im Krieg oder nicht? Sie fragen sehr gut, aber (für eine Antwort, Red.) sollte der Premierminister hier sitzen.

Martina Kociánová: Nun, wenn wir uns wirklich an das Völkerrecht halten, gibt es so etwas wie eine offizielle Kriegserklärung eines Landes, und in diesem Fall können wir also sagen, dass wir uns nicht im Krieg befinden.

Petr Pelz: Wir befinden uns nicht im Krieg. Aber schauen wir uns zum Beispiel die USA an, die sich seit, ich weiss nicht wie vielen hundert Jahren in Folge, im Krieg befinden. Ich will gar nicht zählen, ich habe mich nicht darauf vorbereitet, aber sie befinden sich permanent in irgendeiner Form im Krieg. Und der letzte Krieg, den der US-Kongress erklärt hat, war der Zweite Weltkrieg. Es wäre also ein zu grosser Luxus für die moderne Welt, immer noch von solchen Regeln beherrscht zu werden.

Martina Kociánová: General Peter Pelz, wenn ich Ihre Aussagen, Ihre Interviews oder Ihre Artikel lese, komme ich zu dem Schluss, dass Sie persönlich ein Problem mit diesem Krieg haben, dass Sie nicht damit einverstanden sind. Glauben Sie, dass es auch anders hätte laufen können?

Petr Pelz: Natürlich hätte alles anders laufen können. Sehen wir mal, das erste und das zweite Minsker Abkommen wurden angenommen. Das zweite Minsker Abkommen wurde irgendwann im Februar 2015 angenommen, und dann wurde sogar am 17. Februar 2015 vom UN-Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, in der die Parteien aufgefordert wurden, unverzüglich einen Waffenstillstand zu schliessen. Sie legte sogar für jede Waffe fest, welche Reichweite sie hat, und so sollte eine Pufferzone geschaffen werden, von Steinschleudern, etwa 20 Meter, bis hin zu solchen mit einer Reichweite von mehreren hundert Kilometern, die ausgeräumt werden sollten. Das ukrainische Parlament sollte auf der Grundlage dieser Resolution des Sicherheitsrates – ich wiederhole noch einmal, so eine Resolution ist wahrscheinlich das höchste, was es im internationalen Recht geben kann – innerhalb von 30 Tagen nach dem 17. Februar 2015 ein Gesetz verabschieden, das eine Situation im Donbass in den Republiken oder Gebieten, ich weiss nicht, wie sie es damals rechtlich nannten, geschaffen hätte, so dass dort eine provisorische Regierung gebildet werden konnte, die diese Staaten repräsentiert. Und diese Staaten sollten sprachliche und andere Minderheitenrechte haben, und sie sollten eine gewisse Autonomie haben. Ich wiederhole für die Zuhörer: 30 Tage ab dem 17. Februar 2015. Was wäre passiert, wenn das respektiert worden wäre?

Heute oder vor ein paar Monaten sagten Angela Merkel und François Hollande, der französische Präsident, und Petro Poroschenko, dass dies eigentlich nur eine Art Falle für Putin war, damit die Ukraine sich gut bewaffnen konnte. Ich frage Sie: Warum sollte sich die Ukraine so schrecklich bewaffnen, wenn alles in Ordnung wäre, wenn die östlichen Regionen der Ukraine einfach ihre eigene Verwaltung und Autonomie hätten?

Martina Kociánová: General ...

Petr Pelz: Pardon. Kann ich etwas mehr Zeit haben?

Martina Kociánová: Ja, die haben Sie.

Petr Pelz: Ich habe so angefangen und ich wollte sagen, dass dies unser Interesse ist. Ich erinnere mich, ich habe es schon einmal gesagt ...

Martina Kociánová: «Das ist unser Interesse.» Was meinen Sie damit?

Petr Pelz: Die Ukraine als Ganzes zu erhalten und dass sie neutral ist. Wir haben immer gesagt, ich habe es damals sogar vorgeschlagen: «Die Ukraine ist der Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur.» Und so ist es auch heute noch. Wir leben immer noch in einer Lüge – medial, politisch. Die Ukraine. Was ist die Ukraine? Die Ukraine ist so etwas wie die Schweiz, aber jeder kennt die Schweiz, jeder sagt, sie sei schweizerisch, aber wir alle wissen, dass es (in der Schweiz) Franzosen, Italiener, Deutsche und sogar Rät-

romanen gibt. Aber bei der Ukraine weigern wir uns, sie (die unterschiedlichen Teile) zu anerkennen, obwohl es mindestens deren drei gibt: Die Ostukraine, wo sie mehr oder weniger Russen sind. Dann gibt es die Westukraine, die – ich weiss nicht, was sie sind – aber sie sehen sich als Skandinavier und Deutsche oder ich weiss nicht was. Und dann gibt es da noch die Zentralukraine, die im Grunde genommen die echten Ukrainer sind, die oft Russisch als erste Sprache sprechen, sich aber als Ukrainer fühlen, und die es am schlimmsten erwischt hat. Und dadurch, dass sie diesen Konflikt zugelassen oder ihn sogar verursacht haben, ist die Ukraine heute arm, würde ich sagen, und hört langsam auf, als (eigenständiger) Staat zu existieren. Und die Ärmsten sind eigentlich die in der Mitte, denn die im Osten sind entweder nach Russland gegangen oder sie kämpfen. Und die im Westen, die sich, wie wir es nennen, als Europäer fühlen, jemand anderes nennt sie Nazis, jemand anderes nennt sie integrale Nationalisten, also auch sie kämpfen und sie haben ihr Recht. Und die in der Mitte leiden einfach.

Und wir werden weitermachen, denn was war unser Interesse, unser Interesse erstens als Europa und zweitens unser Interesse als Tschechische Republik? Unser Interesse war es, die Ukraine zu erhalten. Die Russen, was ich damals, als ich dies in den 1990er Jahren erklärte, nicht dachte, aber auch für Russland war die Grundlage eine neutrale Ukraine, denn so haben sie eine Pufferzone. So wie wir die Russen hier fürchten, fürchten die Russen ihrerseits den Westen. Und die Ukraine, die sowohl die Russen als auch den Westen mag, ist eine perfekte Ergänzung. Und die Tatsache, dass es völlig gegensätzliche Ansichten gibt, sorgt dafür, dass die Wahlergebnisse immer mittelmässig ausfallen wird. Sie sorgt also für Stabilität. Es würde sicherstellen ...

Martina Kociánová: Sie haben hier die Minsker Vereinbarungen erwähnt, Sie haben die zweite aus dem Jahr 2015 erwähnt, aber Ihre Gegner in den Medien sagen, dass der von Ihnen erwähnte Waffenstillstand von den russischen Truppen nicht eingehalten wurde, sie kämpften weiter, bis es ihnen gelang, Debalzewe einzunehmen. Dann habe ich auch gelesen, dass auf der Grundlage dieser Vereinbarungen in den abtrünnigen Gebieten Wahlen nach ukrainischem Recht abgehalten werden sollten, was Russland angeblich nicht zulies, und dass das alles von, sagen wir, russischen, separatistischen Milizen und dergleichen orchestriert wurde. Was halten Sie von diesen Argumenten oder Gegenargumenten?

Petr Pelz: Natürlich war es von den Russen inszeniert, denn die Russen sind dort. Und ich habe es schon einmal gesagt, und ich sage es ein drittes Mal: 30 Tage nach dem 17. Februar hätte es ein ukrainisches Gesetz geben müssen, das sich mit diesem Problem befasst. Es war sicher nicht so, dass die ukrainische Armee, arme, gute Leute, sich zurückzog, sich weigerte zu kämpfen, weil die Regierung es ihnen befahl, und dass die sogenannten Rebellen weiter auf sie einschlugen. Jeder vernünftige Mensch weiss, dass dies nicht der Fall sein kann, denn es ist Unsinn. Und ausserdem gibt es Beweise dafür. Beide Seiten haben nicht aufgehört. Aber wer sollte das sicherstellen? Logischerweise hätte die ukrainische Regierung im Auftrag des UN-Sicherheitsrats dafür sorgen müssen.

Martina Kociánová: Eben haben Sie den Satz gesagt: «Wir haben den Konflikt zugelassen», und dann haben Sie sich korrigiert und gesagt: «Sie haben ihn verursacht.»

Petr Pelz: Sicher, denn wenn die Minsker Vereinbarungen eingehalten worden wären, wie ich sagte, wäre nichts passiert. Aber wir wissen, dass sowohl die Aktionen als auch die verschiedenen Theorien – die erste, die zum Beispiel in der Verteidigungsplanungsrichtlinie von 1992, die von Paul Wolfowitz (in den USA) verfasst wurde, auftauchte, lautete, dass die USA nicht zulassen dürfen, dass ein Rivale, der so mächtig ist wie die Sowjetunion, auf sowjetischem Territorium oder irgendwo anders auftaucht – wenn Sie daran zweifeln, können Sie das nachschlagen. Was dürfen sie nicht zulassen? Und dann gibt es noch andere. Die Rand-Studie von 2019, die gleich in der Überschrift festhält, wie Russland geschwächt werden muss. Die Theorie, dass Russland «entkolonialisiert» werden muss, was sehr schön ist, d.h. Russland in mehrere Ministaaten aufteilen, die wir kontrollieren können. Wenn die Russen das hören, arrangieren sie sich natürlich auf irgendeine Weise, und das sind die Gründe, die den Krieg verursacht haben.

Aber es gibt auch Gründe, die in der amerikanischen Wirtschaft liegen. Das heisst, dass die USA von drei Oligarchien kontrolliert werden. Das sind also die Gründe, die meiner Meinung nach – manche mögen das anders sehen – zu diesem Krieg geführt haben. Und natürlich kann niemand daran zweifeln, wer der Initiator und der Vollstrecker der sogenannten Revolution (auf dem Maidan) im Februar 2014 war. Dafür gibt es Beweise.

Ich bin pro-westlich, aber der Westen, die USA, wurde (von den Reichsten) übernommen ...

Martina Kociánová: Aber Sie wissen, dass die westliche Welt das ganz anders sieht. Nicht alle, aber die meisten Politiker. Nicht alle, aber vielleicht die meisten Bürger, und sicher nicht alle, aber die meisten Journalisten. Sie haben gerade gesagt: «Niemand kann bezweifeln, wer hinter 2014 in der Ukraine steckt.» Wer denn?

Petr Pelz: Nun, am 13. Dezember 2013 sagte Victoria Nuland im Press Club in New York, dass die USA seit '91 eine beträchtliche Menge an Geld für die sogenannte Demokratie-Entwicklung ausgegeben haben. Und wie hat sich das dort entwickelt?

Martina Kociánová: Für die Entwicklung der Demokratie in der Ukraine?

Petr Pelz: Ja, in der Ukraine. Und wie ist es dort gelaufen? Nur ganz kurz: Im November 2013 setzte Präsident Janukowitsch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union aus, wahrscheinlich weil Russland ihn unter Druck setzte, es nicht zu unterschreiben, und so versuchte er, sich in irgendeiner Weise durchzulavieren. Aber es ist wichtig festzuhalten, dass er das Assoziierungsabkommen ausgesetzt hat. Was hat er oder seine Regierung damit beabsichtigt? Das ist die Frage.

Und dann hatten wir den Februar. Ab November gab es immer wieder Demonstrationen, und am 21. Februar unterzeichneten Radek Sikorski für Polen und Steinmeier für Deutschland sowie Eric Fournier, der Vorsitzende oder Direktor der Osteuropa-Abteilung des französischen Aussenministeriums, der Ombudsmann, und der russische Botschafter einen Vertrag, oder ich weiss nicht, ob es ein Vertrag ist, der nicht rechtlich angefochten werden soll, sondern der besagt, dass es hoffentlich im Herbst (vorgezogene) Wahlen geben wird, und dass Janukowitsch bis dahin Präsident bleiben sollte und alles geregelt werden würde. Und noch am selben Abend flieht Janukowitsch aus Kiew, weil es den nationalen Integrationisten – oder Nationalisten – nicht gefällt. Aber wer dahintersteckt, geht aus dem Interview hervor, das durchgesickert ist, oder besser gesagt, von den Russen aufgezeichnet und in die sozialen Netzwerke gestellt wurde. Es soll am 27. oder 28. Januar stattgefunden haben und wurde am 4. Februar, oder wann auch immer, ins Internet gestellt. Es handelte sich um ein Gespräch zwischen Victoria Nuland und Geoffrey Pyatt, dem US-Botschafter in der Ukraine, bei dem es darum ging, wer in der ukrainischen Regierung sitzen soll. Es ist das berühmte Telefongespräch: «Scheiss auf die EU». Es war also klar.

Und einen Monat vor dem Sturz Janukowitschs wählten Victoria Nuland und der US-Botschafter aus, wer in der Regierung sitzen sollte und wer nicht. Und das ist genau so passiert, wer kann daran zweifeln? Ich möchte hier nicht näher darauf eingehen, wer damals am 20. oder 22. oder wann auch immer auf Menschen geschossen und sie getötet hat – die Scharfschützen. Das möchte ich lieber nicht sagen, aber jeder kann es nachlesen.

Martina Kociánová: Jetzt haben Sie eine Menge Informationen genannt, die nachweisbar sind. Erzählen Sie mir davon: Warum wird es dann, wenn wir dieses Interview ausstrahlen, viele Leute geben, die sagen: «Das stimmt nicht.» Genauso wie es eine Menge Politiker geben wird, die sagen werden: «Das ist nicht wahr.» Was kann man tun, um herauszufinden, wo die Wahrheit liegt?

Petr Pelz: Nun, finden Sie es heraus. Aber was soll man tun, nachdem man sich mehrere Jahre lang mit diesen Dingen beschäftigt hat – in meinem Fall? Ich wurde im Westen ausgebildet, ich habe eigentlich die ganze Zeit des Kommunismus in einer Art Widerstand verbracht, obwohl ich kein erklärter Gegner war, aber ich war an der Grenze.

Martina Kociánová: Wenn Sie in der Armee waren, dann...

Petr Pelz: Nein, das war ich nicht. Ich war in der Armee, bis... Ich war Vermessungsingenieur, habe geodätische Astronomie studiert, dann habe ich auf Baustellen gearbeitet und wäre fast wegen der Politik verhaftet worden. Im Sommer 1989 war ich merkwürdigerweise Chefvermesser einer Firma, einer ziemlich grossen Baufirma in Prag, was unglaublich ist, also rief ich die Vermesser zusammen und liess sie ein paar Sätze unterschreiben, die alle unterschrieben haben, bis auf einen. Ich war also auf einer ganz anderen Seite der Barrikade.

Martina Kociánová: Oh. Sie haben also tatsächlich eine Geheimdienstausbildung im Westen absolviert. Das bedeutet, dass Sie logischerweise pro-westlich sein sollten. Und was Sie jetzt sagen...

Petr Pelz: Ich bin pro-westlich, aber der Westen ist (von den Reichsten) übernommen worden. Schauen Sie sich an, wie die Wahlen in den USA aussehen. Wenn Sie sich die Statistiken ansehen, spendet ein Zehntel eines Promilles, die Reichsten, 57 Prozent (der Spenden) an Politiker, die dann in den Kongress kommen.

Martina Kociánová: Tut mir leid, ich habe Sie missverstanden. Ein Zehntel wovon?

Petr Pelz: Ein Zehntel eines Promille.

Martina Kociánová: Ein Promille?

Petr Pelz: Es gibt 57 Prozent aller Spenden an Politiker, die gewählt werden. Vielleicht ist eine Statistik ein wenig anders, also lassen Sie es 10 Prozent anders sein. Und ich stelle den Zuhörern die Frage: Wenn sie sagen, dass das nicht stimmt, dann sollen sie A finden, und B: Würden die Reichen das tun, wenn es sich nicht lohnen würde? Und deshalb sage ich, dass ich pro-westlich bin. Es tut mir trotzdem leid, und die Ukrainer tun mir leid, und die verbliebenen Amerikaner, deren Land (von den Reichsten) übernommen wurde, tun mir leid.

Martina Kociánová: Haben Sie deshalb vorhin gesagt, wenn ich es richtig aufgenommen habe, dass die USA von drei Oligarchien kontrolliert werden?

Petr Pelz: Ja.

Martina Kociánová: Darf ich nach Namen fragen?

Petr Pelz: Das sind keine Namen, aber sie heissen FIRE: Finance, Insurance, and Real Estate (Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor), dann MIC: Military Industrial Complex (militärisch-industrieller Komplex) und OGAM, was für Oil, Gas und Mining (Öl, Gas und Bergbau) steht. Und die daheim, wie gesagt, auf diese Weise vorgehen und den Kongress kontrollieren und die Präsidentschaftswahlen. Und was ihnen aus den Händen gegliitten ist, war Trump. Trump ist unkontrollierbar, und deshalb mögen sie ihn auch – er ist nicht geeignet, Präsident zu sein.

Martina Kociánová: Und ich werde jetzt ein bisschen pingelig sein. Sie sagten: «Lassen Sie die Leute nachschlagen, dass 53 Prozent der...»

Petr Pelz: Vielleicht sind es 50 oder 40. Ich weiss es nicht.

Martina Kociánová: Die Spenden an die Politiker stammen aus diesen, sagen wir, finanziellen Top-Gruppen. Aber ich nehme an, Sie können das nicht nachverfolgen?

Petr Pelz: Das kann man.

Martina Kociánová: Das sind doch meist geheime Informationen.

Petr Pelz: Nein, das ist...

Martina Kociánová: Nicht viele Parteien können das zugeben...

Petr Pelz: Nein, es gibt ein Gesetz, das besagt, dass sie es zugeben müssen. In Amerika ist es nämlich genau andersherum. Dort brüsten sie (die Reichen) sich im Gegenteil damit. Denn je mehr Spenden sie sammeln, desto mehr...

Martina Kociánová: Er hat die Unterstützung von...

Petr Pelz: Er hat mehr Unterstützung und er ist grösser. Aber diese Unterstützung kommt von diesen Oligarchien, und sie richten sich gegen die Grundlagen des Marktkapitalismus. Sie gehen eine Symbiose ein: der Staat, die grossen Konzerne, die Medien. Heute ist alles in ihrer Macht. Es sind der Staat, die Wirtschaft, die Medien, die Unterhaltung. Das ist das schreckliche Problem.

Martina Kociánová: Deshalb sagen Sie auch, dass Amerika übernommen worden ist.

Petr Pelz: Ich weiss, es sieht schrecklich aus, aber das erklärt alles.

Martina Kociánová: Werfen wir einen Blick auf die verarmte Ukraine im Moment. Sagen Sie mir, mit der militärischen Geheimdienst-Erfahrung, die Sie haben, und auch mit der diplomatischen Erfahrung: Wie sollte die Tschechische Republik den Krieg in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt angehen? Und was sollte sie jetzt tun?

Petr Pelz: Das geht jetzt natürlich zu weit. Die Interessen der Tschechischen Republik sind ein bisschen eine Teilmenge der Interessen Europas und der ganzen Welt im Allgemeinen und natürlich der Ukraine. Und wieder sitzen wir in der Falle, dass wir «die Ukraine» sagen. Welche also? Östlich? Zentral? Westlich? Ich habe es gleich zu Beginn gesagt: Wir brauchen Frieden. Es sollte keinen Krieg geben. Und um Himmels willen, angesichts der schrecklichen Verluste und der schrecklichen Zerstörung in der Ukraine sollten die Kämpfe sofort aufhören, in dieser Sekunde.

Die Frage ist, wer das will. Ob Russland es will, ist die Frage. Ob die USA es wollen, ist die Frage. Was Europa will, so habe ich leider das Gefühl, ist völlig irrelevant, völlig irrelevant, denn Europa verhält sich so, dass es sich überhaupt nicht um Europa schert. Ich wiederhole also vor allem, dass die Kämpfe sofort eingestellt werden müssen.

Martina Kociánová: Wer hat Ihrer Meinung nach ein Interesse daran, dass der Krieg in der Ukraine weitergeht? Das unermessliche Leid der Menschen und die wirtschaftliche Zerstörung weiter zu verlängern?

Petr Pelz: Das Problem ist nur, dass ich das Gefühl habe, dass diese Kräfte, von denen ich in den USA spreche (die drei Oligarchien), abgesehen von ihrem eigenen Wunsch, etwas im Sinne einer grösstmöglichen Schwächung Russlands zu tun, mir ziemlich inkompetent erscheinen, denn eigentlich schwächt das, was jetzt geschieht, Europa. Die USA werden bisher nicht geschwächt, aber Europa wird sehr schnell geschwächt, indem es sich an Sanktionen beteiligt, die im Grunde genommen sinnlos sind.

Martina Kociánová: Die Frage, die ich Ihnen zu Beginn gestellt habe, lautete: Wer hat Ihrer Meinung nach ein Interesse daran, dass dieser Krieg weitergeht?

Petr Pelz: Das ist zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwer zu beantworten, denn es gibt Theorien, dass die Amerikaner... Ich denke, es muss eine grosse Meinungsverschiedenheit geben. Es gibt eine Gruppe von Leuten um Präsident Biden: Jake Sullivan, Victoria Nuland und so weiter, die am enthusiastischsten sind. Ich denke, dass einige Signale und Anzeichen aber darauf hindeuten, dass es sogar in den Geheimdienstkreisen eine wachsende Opposition gegen sie gibt. Seymour Hersh deutet in seinem Material darüber, wer

Nordstream 2 in die Luft gejagt hat, darauf hin, dass die Geheimdienste von dieser Tat ziemlich frustriert waren, und auch das aktuelle Leck, das gerade aktuell ist, wird im Grunde genommen so erklärt. Die Frage, wer ein Interesse an dieser Sache hat, ist also einfach und logisch, aber die Antwort ist komplex. Und der Standpunkt Russlands? Das ist schwer zu sagen. Ich denke, unter bestimmten Umständen würden auch sie sofort verhandeln. Ein weiteres Indiz dafür, dass das alles nicht passiert wäre, ist die Tatsache, dass Russland, als es letztes Jahr am 23. oder 24. Februar in die Ukraine einmarschierte, ziemlich schnell nach Westen vordrang und dass dann Ende März und Ende April Vereinbarungen getroffen wurden oder weit fortgeschrittene Gespräche stattfanden, die von den Weissrussen und den Türken vermittelt wurden und in der Türkei stattfanden. Und beide Präsidenten, sowohl Putin als auch Selensky, haben gesagt, dass sie bereit wären, ein Abkommen zu unterzeichnen. Aber Verhandlungen wurden von den Amerikanern und von den Briten grundsätzlich abgelehnt. Ich meine, Boris Johnson kam angereist und sagte Selensky, dass sie und der Westen sofort aufhören würden, ihn zu unterstützen, falls er unterzeichnete. Und seither hat das mehrere hunderttausend Menschen das Leben gekostet.

Zum Original in tschechischer Sprache: Script und Radioprogramm.

Zu Petr Pelz: Geboren 1953. Von 1996 bis 2001 Direktor des militärischen Geheimdienstes der Tschechischen Republik. Von 2002 bis 2006 in New York als Sonder-Sicherheitsberater des tschechischen Botschafters bei den Vereinten Nationen. In den Jahren 2006–2007 Berater des CZ-Verteidigungsministers in Fragen des Geheimdienstes und der Aussenbeziehungen. Von 2010 bis 2013 CZ-Botschafter in Afghanistan.

Quelle: <https://globalbridge.ch/der-konflikt-in-der-ukraine-wurde-vom-westen-angezettelt/>



Boris und die Baumeister des neuen Militarismus

*Ein Artikel von Jürgen Scherer; 26. April 2023 um 15:30
Titelbild: knipsdesign/ Shutterstock*

Das hätte er sich vielleicht gar nicht träumen lassen, unser Boris, dass er einmal zum Hauptbaumeister des neuen Militarismus in Deutschland avancieren würde. Aber was tut man nicht alles, wenn der derzeitige Boss der Zeitenwende um Hilfe ruft. Und so marschierte er ein ins «Verteidigungsressort», das inzwischen eigentlich umbenannt gehörte in Kriegsministerium. Von Jürgen Scherer.

Da hilft nämlich das ganze Lügengewebe um den notwendigen Aufbau einer veritablen Verteidigungsfähigkeit unseres Landes nichts, es geht um deutsche Kriegsfähigkeit für die Zukunft, nicht zuletzt gegen diese Macht am anderen Ende der Welt – China.

Früher nannte man das mal «Gelbe Gefahr». Unsere Freiheit muss schliesslich permanent verteidigt werden. Wenn's schon am Hindukusch nicht geklappt hat, dann wenigstens in Zukunft an der Chinesischen Mauer. Wobei, mit Mauern ist das so eine Sache. Da sollten wir Deutsche eigentlich gebrannte Kinder sein.

Aber aus der Geschichte lernen, das sagt sich so leicht. Für Sozialdemokraten scheint das besonders schwer, sehen wir mal von der rühmlichen Ausnahme Willy Brandt ab. Jene Sozis, die meist das Sagen haben, wenn die Sozis überhaupt dran sind, sind meistens von der konservativen bis reaktionären Riege und haben damit schlicht die falschen Vorbilder wie z.B. die, die den Kriegskrediten im Kaiserreich zugestimmt haben, oder jene, die die 1918er Revolutionäre hintergangen haben, oder den, der sagte, einer müsse der Bluthund werden. Da passt es doch, dass in dieser Traditionslinie der Sozialdemokrat Scholz die

verdeckt arbeitende Bellizistin von der CDU abgelöst hat und endlich einen richtigen Mann fürs Militärische an seine Seite berufen hat. Schliesslich hat der ja auch «gedient», wie man heutzutage wieder mit Stolz sagen darf.

Und Boris kam, sah und will siegen. Zunächst einmal auf dem Tanker, der sich noch Verteidigungsministerium nennt. Im Unterschied zu seiner doch eher vorsichtiger agierenden Vorgängerin, die deswegen ja auch von der Vierten Gewalt in unserem Staate einhellig weggemobbt wurde, macht er sich nun mit Verve an die Arbeit: Umbau der Führungsstruktur im VTM, bedingungslose Unterstützung der Ukraine, Charmeoffensive für die Öffentlichkeit im fotogenen oliven Look mit dem Wunderpanzer Leopard II, Treffen mit Selensky und natürlich mit den Ramstein-Cowboys. Das alles solidarisch unterstützt von der superagilen StraZi aus der FDP, von der «vom Völkerrecht kommenden» und die 360-Grad-Wendung beherrschenden Annalena und nicht zuletzt vom Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir, einem Etappenhengst, der sich doch tatsächlich nicht entblödete, als Nichtgedienter eine freiwillige Wehrtüchtigung im Gefechtsfeld Truppenübungsplatz zu absolvieren. Wenn Cannabiskonsum solche Folgen hat, sollte die Legalisierung vielleicht nochmal überlegt werden. Aber evtl. wird ja in trauter Runde im Kanzleramt schon mal ein Jointchen geraucht. Manchmal könnte man glauben, dem sei so, wenn man sich das permanente Kriegsgerassel vor Augen führt.

Auf jeden Fall macht Boris im Rahmen der ausgerufenen Zeitenwende munter seinen Bluthundjob. Vielleicht sollte er gelegentlich mal «Ein Fest für Boris» lesen, das erste Drama von Thomas Bernhard. Er hat es 1970 geschrieben und da geht es gar nicht gut aus für Boris. Es gibt einfach Traditionslinien, denen man sich verweigern sollte. Berufung hin, Berufung her. Ach, Boris!

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96846>

Douglas Macgregor: Der neoliberale Kreuzzug des Westens gegen Russland mit der Ukraine als Brückenkopf erweist sich als Schuss in den Ofen

Rainer Rupp, RT Deutsch, Di, 25 Apr 2023 09:45 UTC

Wird der Kreuzzug der neoliberalen US-Ideologen gegen den ideellen Rivalen Russland die NATO endgültig versenken? Davon geht der renommierte und hochdekorierte US-Oberst a.D. Douglas Macgregor aus. Immer mehr Leute im Westen begreifen, dass die US/NATO ein brutales, zutiefst korruptes, faschistisches Regime in der Ukraine unterstützen.



Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij im April 2023 in Warschau
© AFP Wojtek Radwanski / AFP

Bei seinem jüngsten Besuch in Kuba am 20. April 20, 2023 wurde der russische Aussenminister Sergei Lawrow bei einer Pressekonferenz auch nach den russisch-US-amerikanischen Beziehungen gefragt. Lawrow betonte, dass Russland «keine besonderen Beziehungen» mit den Vereinigten Staaten unterhalte. Wörtlich fügte er hinzu:

«Wir sprechen nur noch bei Bedarf über Probleme, die bei der Arbeit der Botschaften auftreten. Dies geschieht auch, weil die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Position als UN-Gastland zu missbrauchen.»

Anschliessend beschrieb er in gewohnter Sachlichkeit die bösartige und hinterhältige Politik Washingtons, die kaltblütig und menschenverachtend die ukrainische Bevölkerung opfert, um Russland zu schaden. Er sagte:

«Jeder weiss und versteht, dass die Amerikaner einen Kreuzzug gegen die Russische Föderation, gegen Russlands legitime Interessen, Russlands Kultur und Traditionen führen, dabei das Nazi-Regime in Kiew als Rammbock benutzen und immer grössere Mengen an Waffen und komplexeren Waffensystemen in die Ukraine schicken. Es sollte jedem klar sein, dass diese Politik zu nichts führt.»

Kommentar: Lawrow sieht hier in gewohnter Klarheit. Dass diese Politik zu nichts führt ist etwas, was die Machthaber des kollektiven Westens (und Teile der Bevölkerung) nicht sehen können bzw. wollen, da sie tief in Wunschdenken und Grossmachtfantasien verstrickt sind, die rund um die Uhr auf Russland projiziert werden.

In diese Kerbe hatte auch Präsident Wladimir Putin bei seiner Ansprache an die russische Bundesversammlung am 21. Februar dieses Jahres in Gostiny Dwor bei Moskau geschlagen. Von Anfang an, sagte er, beginnend mit der Orangen Revolution in der Ukraine über den blutigen Maidan-2014 und dem nachfolgenden Kleinkrieg der fascho-rassistischen Putsch-Regierung in Kiew sei es das Ziel der USA gewesen, «einen Krieg in Europa zu entfachen und Konkurrenten durch den Einsatz einer Stellvertretertruppe zu eliminieren». Er fügte hinzu: «Sie (die Amerikaner) planen, uns ein für alle Mal zu erledigen.»

Die Biden-Administration und ihre NATO-Vasallen weisen die russischen Behauptungen jedoch als böswärtige Unterstellungen zurück. Sie bestehen ihrerseits darauf, dass Russland die arme, unschuldige Ukraine vollkommen unprovokiert militärisch überfallen habe, nur weil sich das demokratische Musterland dem liberalen Westen zuwenden und Mitglied in der «erfolgreichsten Friedensorganisation in der Geschichte der Menschheit», nämlich in der NATO werden wollte.

«Wie schon immer liegt es auch jetzt an den Ukrainern und niemandem sonst, über die eigene Zukunft und die Zukunft dieses Landes zu entscheiden», salbaderte zum Beispiel US-Aussenminister Antony Blinken am Dienstag, dem 18. Januar 2022, bei einem Besuch in Kiew.

«Das ukrainische Volk hat 1991 einen demokratischen und europäischen Weg gewählt. Die Ukrainer gingen 2013/14 auf den Maidan, um diese Entscheidung zu verteidigen. Und leider sind Sie seitdem einer unerbittlichen Aggression aus Moskau ausgesetzt. Russland ist in Gebiete auf der Krim einmarschiert, hat einen Konflikt in der Ostukraine angezettelt und systematisch versucht, die Demokratie in der Ukraine zu untergraben und zu spalten.»

Jedes einzelne Wort von Blinkens Aussage ist jedoch eine Lüge. Ähnliche Äusserungen kamen und kommen immer noch auch aus europäischen Hauptstädten.

Kommentar: Genau. Denn dies ist ja das Narrativ, das sie zur Rechtfertigung für ihre Aggression und Agitation gegen Russland nutzen – die ursächlich von ihnen selbst ausgeht. Schliesslich haben sie die Ukraine jahrelang gegen Russland aufgebaut. Siehe auch hier, bei einem Treffen zwischen Russland, dem Iran und der Türkei im vergangenen Jahr:

Das religiöse Oberhaupt Irans hat bei Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Putin ausdrücklich erklärt: Wenn Russland die Handlungen der NATO in der Ukraine nicht gestoppt hätte, dann hätte das Militärbündnis nach einiger Zeit «unter dem Vorwand der Befreiung der Krim» einen Krieg gegen Russland begonnen.

Der russische Präsident sprach seinerseits die Situation in der Ukraine an und sagte: «Niemand ist für einen Krieg.» Er fügte hinzu, dass «der Verlust von Menschenleben eine grosse Tragödie» sei. «Das Verhalten des Westens hat uns jedoch keine andere Wahl gelassen, als zu reagieren», so der russische Staatschef.

Wie demokratisch, ehrlich und transparent ist nun die Ukraine wirklich, seit sie mit dem Maidan-Putsch zur westlichen Wertegemeinschaft gehört und die Errungenschaften der liberalen regelbasierten westlichen Ordnung verinnerlicht hat? Tatsächlich ist die Ukraine im Vergleich zur früher extrem liberal geworden, in Richtung Faschismus:

Staatliche Gedenkfeiern, riesige Fackelzüge und öffentliche Gedenkstätten für Kriegsverbrecher, Massenmörder, Antisemiten, Russenhasser und NS-Kollaborateure wie Simon Petljura, Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch. 60'000 Strassen und Plätze der Ukraine sind im Zuge der Nazi-Verehrung nach den Mördern und Verbrechern gegen die Menschlichkeit umbenannt worden. Seit 2014 hat sich die Integration der faschistischen Milizen in die offiziellen Streitkräfte und die Vernetzung und militärische Ausbildung von Neonazis aus aller Welt unter der schützenden Hand des Staates beschleunigt und ist inzwischen allgegenwärtig.

Mafiöse Kämpfe um die Staatsmacht zwischen einer Handvoll Oligarchen und einer korrupten Justiz und Behörden, die 2019 noch im Westen wenigstens zur Kenntnis genommen und kritisiert wurden, sind heute mithilfe der Magie der Medien vom Bildschirm verschwunden. Schreiende soziale Ungleichheit bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 412 Euro (April 2021) sind kein Thema für westliche Berichterstattung. Dies sind die hervorstechendsten Merkmale der ukrainischen «Demokratie», die die USA und ihre europäischen NATO-Verbündeten angeblich mit aller Macht verteidigen wollen und dafür sogar einen Krieg gegen die Atommacht Russland riskieren.

Selbst der vernichtende Bericht des «Europäischen Rechnungshofs», einer Behörde der EU, vom September 2021 über die «Grand Corruption», die Korruption im GROSSEN Stil, die alle Aspekte des politischen und wirtschaftlichen Lebens in der Ukraine dominiert, wurde von unseren westlichen Qualitätsmedien sorgfältig

vor den Augen der mündigen EU-Bürger verborgen und schnell im Gedächtnisloch entsorgt. Sonst könnte das Volk zu Hause, das an allen Ecken sparen muss, ja unangenehme Fragen stellen, was mit den vielen zig Milliarden Euro passiert, die unsere Politiker selbstherrlich in die Ukraine schicken, in der vergeblichen Hoffnung, dass dieses inzwischen ausgelaugte Land doch noch gewinnt gegen ein Russland, das heute stärker denn je dasteht.

Kommentar: Diese Vertuschungskampagne ist sicher mit ein Grund, warum russische Kanäle wie RT-Deutsch und Sputnik News in der EU und insbesondere Deutschland fortwährend Zensurmassnahmen zum Opfer fallen bzw. der Zugang anderweitig erschwert wird. Aber immer weniger Menschen sind bereit, die Fackel der NATO mitzutragen:

Anhaltende Proteste in Deutschland gegen Kriegspolitik der Bundesregierung

Laut der Definition des «Europäischen Rechnungshofs» ist «Korruption im GROSSEN Stil» als «Missbrauch von Macht auf hoher Ebene [definiert], durch den sich einige wenige Personen auf Kosten der Allgemeinheit einen Vorteil verschaffen und dadurch einzelnen Personen und der Gesellschaft schweren und weitreichenden Schaden zufügen. Diese Art von Korruption rührt hauptsächlich von Oligarchen und Interessengruppen her. Grosskorruption und Vereinnahmung des Staates behindern Wettbewerb und Wachstum, und schaden dem demokratischen Prozess».

Der hochgeachtete ehemalige US-Oberst Douglas Macgregor macht in seinen Analysen und Reden über die Lage in der Ukraine eine wohlthuende Ausnahme, denn er scheut nicht davor zurück, Ross und Reiter zu nennen, die für diese Katastrophe verantwortlich sind. In einem Video-Interview mit dem prominenten konservativen Judge (Andrew) Napolitano antwortete er auf die Frage, wie derzeit die Lage der Zivilgesellschaft in der Ukraine ist:

«Die Ukraine ist im Moment schrecklich repressiv. Wenn irgendetwas einem faschistischen Einparteiensstaat nahekommt, dann ist das die Ukraine.»

Judge Napolitano wendet sich dann der Veröffentlichung der streng geheimen US-Dokumente über die militärische Lage in der Ukraine zu. In den Dokumenten sei ganz klar zu lesen, dass die Lage in der Ukraine desolat ist und das Land nicht die Spur einer Chance habe, den Krieg zu gewinnen. Zugleich aber habe die Biden-Regierung den Kongress und das amerikanische Volk immer wieder belogen und behauptet, die Ukraine werde gewinnen. Das sei äusserst peinlich für die Biden-Regierung, eine Demütigung, denn die Regierung führe einen Krieg, von dem sie selbst glaubt, dass er nicht gewonnen werden kann. Auf Napolitanos Frage, wie es nun weitergehe, antwortete Macgregor, in Washington habe es von Anfang an nie ein grosses Interesse an der Ukraine an sich gegeben. Die Ukraine war einfach nur ein Instrument, um Russland anzugreifen. Das Ziel sei stets gewesen, «Russland zu schaden, Russland zu zerstören, Russlands Regime zu stürzen, seine Regierung auszutauschen, Präsident Putin abzusetzen.»

«Wenn man nun genau hinschaut, was in der Ukraine passiert, dann ist dies eine humanitäre Katastrophe – verursacht durch die USA. Dies ist ein Verbrechen gegen das ukrainische Volk, nicht nur gegen uns Amerikaner und gegen die Menschen, die in den NATO-Ländern leben.

Aber ich glaube nicht, dass das den Leuten in Washington besonders wichtig ist. Das sind Ideologen. Egal, ob es sich um (Aussenminister) Blinken oder Victoria Nuland oder (US-Sicherheitsberater) Sullivan oder einen der Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates handelt.

In ihren Köpfen ist ihr Ziel bis zu einem gewissen Grad erreicht worden. Denn sie glauben, dass wir Russland geschadet haben. Die Wahrheit ist jedoch, dass sie dies gerade nicht getan haben. Russland ist stärker als je zuvor. Die Wirtschaft hat nicht gelitten. Russland ist jetzt wieder da, wo es vor 30 Jahren war. Nur sind seine Streitkräfte viel besser: Bessere Ausrüstung, bessere Soldaten, bessere Kommandeure, eine bessere Führung. Die Sache ist also nach hinten losgegangen. Es ist eine Katastrophe. Wir haben die NATO wahrscheinlich mit jedem Tag ein bisschen mehr zerstört. Schauen Sie sich Frankreich an. Schauen Sie sich die Probleme auf den Strassen Frankreichs an. Wenn jemand denkt, dass es ausschliesslich um Renten geht, ist das dumm. Die Wahrheit ist, dass die Europäer mit all dem unzufrieden sind.»

Kommentar: Manch einer würde hier zu Recht anmerken, dass das Ende der NATO keine Katastrophe sondern ein Segen für die Welt wäre.

Judge Napolitano fragt anschliessend, wie lange der Krieg in der Ukraine noch dauern wird. Macgregor:

«Im Sommer letzten Jahres haben die Russen das Pferd gewechselt und sich darauf vorbereitet, die Streitkräfte für eine entscheidende Operation aufzubauen, um die Kontrolle über die Ukraine zu erlangen; entweder als Ergebnis von Verhandlungen oder durch einen Sieg auf dem Schlachtfeld. Geplant haben sie einen Feldzug von 30 Monaten, ungefähr. So lange sind sie also bereit und in der Lage zu kämpfen. Ich glaube nicht, dass es so lange dauern wird. Ich denke, sobald der Boden trocknet, werden die Russen vorrücken. Die Russen werden mit Bedacht voranschreiten, aber sie werden voranschreiten und die gesamte Ostukraine einnehmen.

Dann stellt sich die Frage: Werden sie über den Fluss (Dnjepr) gehen und gleichzeitig nach Süden zum Schwarzen Meer nach Odessa vorstossen? Oder werden sie warten? Ich weiss es nicht. Aber sobald sie den Donbass eingenommen haben, werden sie bereit sein, den Fluss Dnjepr zu überqueren, und nach Westen

gehen. Denn von ihrem Standpunkt aus gesehen, werden sie erst Sicherheit und Ruhe an ihrer Westgrenze haben, wenn sie bis zur polnischen Grenze vorgestossen sind. Es sei denn, die Europäer sagen sich von uns Amerikanern los, was jetzt nicht mehr ganz unmöglich ist. Wenn die Deutschen, die Franzosen zusammen mit all den anderen in Europa sagen, wir haben genug davon; dieser Krieg muss beendet werden; wir wollen Gespräche. Und wenn sie sich hinsetzen und mit den Russen reden und ein Abkommen aushandeln, das auf dem basiert, was ich als österreichische Neutralität bezeichnen würde, für das, was von der Ukraine übrigbleibt, dann denke ich, dass dies den Krieg beenden könnte.

Die Russen wissen, dass, wir (die Amerikaner) so etwas (den Krieg beenden) nicht tun werden. Und ehrlich gesagt vertrauen sie uns überhaupt nicht mehr. Und deshalb sind sie bereit, bis an die polnische Grenze vorzustossen, weil das die einzige Möglichkeit für sie ist, Frieden an ihrer Westgrenze zu haben. Wir haben ihnen nämlich gezeigt, dass wir (die Amerikaner) keine seriösen Partner sind, die sich an Verhandlungsergebnisse halten.»

Im Unterschied zu den vielen als Militärexperten vorgestellten Schwaflern, die sich im Westen bei den Talkshows zur Ukraine die Türklinke in die Hand geben, bedient Oberst a. D. Macgregor nicht das verlogene Narrativ der antirussischen Kriegstreiber der US/NATO. Zugleich dürften die Analysen Macgregors aufgrund seiner über Jahrzehnte bewiesenen intellektuellen Fähigkeiten, gepaart mit Bescheidenheit und der unachgiebigen Suche nach Wahrheit und ehrlichen, gesellschaftlich verträglichen Konfliktlösungen, weitaus näher an der Realität in der Ukraine liegen als die propagandistische Schönfärberei westlicher Politiker und ihrer gekauften und bezahlten Presstituierten.

Im Anschluss folgen einige Streiflichter auf die Personalie Macgregor, die ihm bei weitem nicht Genüge tun: Der 1947 geborene Douglas Macgregor, Oberst a. D. der US-Army, der schon als Austausch-Schüler in Deutschland war und die Sprache unseres Landes fließend beherrscht, ist im besten Sinne des Wortes ein umfassend gebildeter Krieger-Philosoph. In einem ersten Studium erwarb er einen Bachelorabschluss in den Ingenieurwissenschaften. Es folgte ein Masterstudium und die Promotion in Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. In diesen Fächern lehrte er dann einige Jahre als Dozent an einer US-Militäruniversität.

Es folgen mehrere Jahre im Kriegseinsatz, unter anderem als hochdekorierte Kommandeur einer US-Panzerereinheit im ersten US-Krieg gegen den Irak. Im Februar 1991 vernichtete die von ihm geführte Einheit 70 irakische gepanzerte Fahrzeuge ohne eigene Verluste. Dabei ging Macgregor unkonventionell vor und antizipierte die Bewegungen der irakischen Einheit. Seine Denk- und Vorgehensweise zeichnete ihn schon in frühen Jahren als Querdenker aus, was sich auch in seinen Sachbüchern zur Effizienzsteigerung und Reformierung der US-Militärstrukturen zeigte, die von vielen Kennern der Materie als brillant bezeichnet wurden. In der verkrusteten und stark politisierten US-Generalität im Pentagon machte er sich damit jedoch kaum Freunde. Stattdessen machte er sich im Laufe der Jahre sowohl als Militärhistoriker als auch als Militärtheoretiker einen Namen.

Letztlich aber haben gerade seine intellektuelle Überlegenheit und soldatische Geradlinigkeit Macgregor den Weg in den Olymp der militärischen Führung im Pentagon verbaut; denn dort wird vor allen anderen Qualitäten hauptsächlich politische Biagsamkeit verlangt, die Macgregor zeitlebens verabscheute. Dennoch war er von Oktober 1998 bis Januar 2000 Planungschef im Obersten Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa (SHAPE) in der Nähe der belgischen Stadt Mons.

Im Juni 2004 stellte die Führung der US-Armee den Querdenker Macgregor ausser Dienst. Im November machte Präsident Trump Macgregor jedoch zum Chef-Berater des amtierenden US-Verteidigungsministers Christopher Miller. Zu diesem Zeitpunkt war Macgregor ein starker Befürworter des Rückzugs der USA aus Afghanistan, was auch der Politik Trumps entsprach. Ein Abzug aus Afghanistan wurde jedoch sowohl von der militärischen Spitze im Pentagon als auch überparteilich von den zivilen Kriegstreibern im politischen Establishment in Washington abgelehnt.

Heute sieht Macgregor im Konflikt in der Ukraine, der von den US/NATO-Staaten mit Waffen und Geld massiv unterstützt wird, einen US-Stellvertreterkrieg gegen Russland. Seiner Ansicht nach werden die Kriegstreiber in Washington in diesem Krieg jedoch scheitern, denn sie haben, so Macgregor, den sozialen Zusammenhalt der russischen Bevölkerung, das latente, umfassende militärische Potenzial und die militärtechnologische Revolution Russlands sowie dessen relative Immunität gegen westliche Wirtschaftssanktionen total unterschätzt. Sowohl die tatsächlichen Entwicklungen in der Ukraine als auch die im Internet veröffentlichten Geheimdokumente der US-Militärführung zu diesem Thema geben Macgregor auch in diesem Fall recht.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35748-Douglas-McGregor-Der-neoliberale-Kreuzzug-des-Westens-gegen-Russland-mit-der-Ukraine-als-Bruckenkopf-erweist-sich-als-Schuss-in-den-Ofen>

Deutsche Rüstungsschmiede Rheinmetall – in US-Hand und weltweit in der Nähe des US-Militärs

Hwludwig, Veröffentlicht am 24. April 2023

Der Publizist und Sachbuchautor Dr. Werner Rügemer, der sich selbst auch als «interventionistischer Philosoph» bezeichnet, hat gründlich hinter die Kulissen des grössten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall geschaut. Er deckt die komplizierten internationalen kapitalistischen Verflechtungen auf, die das Aktiensystem ermöglicht, und hier die wahren Eigentumsverhältnisse praktisch unsichtbar macht: Der «deutsche» Konzern ist gar nicht in deutscher, sondern in US-amerikanischer Hand. Und er dient weltweit den imperialistischen Aggressionen der US-Militärmaschine. Wir gehen nachfolgend den wesentlichen Zügen des auf den Nachdenkseiten erschienen Artikels «Rheinmetall: CO2-neutrale Kriege! Umweltschonend gegen Russland!» von Werner Rügemer nach.

Der Rheinmetall-Konzern, so Rügemer, produziere gepanzerte Kettenfahrzeuge, Turmsysteme, Gross- und Mittelkaliberwaffen und Munition für den Leopard und andere Panzer, Flugabwehr- und unbemannte Flugsysteme, U-Boot-Ausrüstungen, militärische Antriebssysteme. Das Ersatzteilgeschäft blühe auf allen Kontinenten. Gegen den Konkurrenzpanzer Leopard entwickle Rheinmetall den eigenen Panzer KF51 Panther – und dafür sei nun auch eine Fabrik in der Ukraine geplant.

Öffentlich, so auch (vordergründig) auf seiner Website, sei bei Rheinmetall allerdings von Rüstung gar nicht die Rede, so als produziere der Rüstungskonzern gar keine Rüstungsgüter. So heisse es: «Rheinmetall ist ein integrierter Technologiekonzern für umweltschonende Mobilität.»

Eine andere Selbstdarstellung laute: «Rheinmetall – Ein internationaler integrierter Technologiekonzern». Und was macht ein solcher Konzern? Er entwickelt «innovative Lösungen für eine sichere und lebenswerte Zukunft». Flugabwehr- und Tarnsysteme laufen unter «Wirkmittel». Und Rheinmetall verspricht: Bis 2035 sind wir «CO₂-neutral»!

So werde es inszeniert: Militär ist kein Militär, sondern eine Unterabteilung der allgemeinen Mobilität – natürlich der grünen Mobilität. An der Börse sei Rheinmetall in der Rubrik «Industriegüter» versteckt. Da rangiere der Panzer-, Kanonen- und Munitionshersteller harmlos neben Herstellern von Maschinen und Glasprodukten.

«So ist Rheinmetall ein Rüstungskonzern der neuen kapitalistischen Art: Nach aussen grün, umweltschonend, nachhaltig und innovativ angestrichen, einer lebenswerten Zukunft zugewandt: Bis zum letzten ukrainischen Soldaten! Halt, da fehlt doch was: Die ukrainische Armee ist ja an westlichen Werten orientiert, also auch: Bis zur letzten ukrainischen Soldatin!»



Youtube

Ein Unternehmen im US-Eigentum

Zu diesem grünlackierten Unternehmen komme die wichtigste Eigenschaft hinzu: Der «deutsche» Rüstungskonzern Rheinmetall sei gar nicht deutsch. Er sei im Eigentum von US-Investoren. Das stehe aber nirgends in den Geschäftsberichten des Konzerns.

Die üblichen Börsenportale dokumentierten, dass 9 der 10 führenden Rheinmetall-Aktionäre ihren Sitz in den USA hätten, in dieser Reihenfolge: Harris Associates, Wellington, Capital World, Fidelity, LSV, Vanguard, BlackRock, Dimensional, BKF. Nur der norwegische ölfinanzierte Staatsfonds Norges sei als einziger Nicht-US-Aktionär dabei: Er tue neuerdings etwas sozial und umweltbewusst und habe seine Anteile in der Rüstung reduziert – aber ganz könne er seine öligen Finger doch nicht vom lukrativen Geschäft lassen, gerade jetzt.

«Sonst in den DAX-Konzernen wie Bayer, Daimler, Deutsche Bank sind auch noch deutsche Grossaktionäre und Investoren aus Katar, Singapur, Kuwait oder China dabei – nichts davon bei Rheinmetall. Die 9 US-Aktionäre sind zudem mehrheitlich selbst untereinander aktionärsmäßig verflochten und bilden damit die Gruppe der absolut führenden Rheinmetall-Eigentümer, ungleich mehr als in jedem anderen DAX- und MDAX-Konzern.

Zusätzlich sind die genannten Aktionäre Capital World, Fidelity, Vanguard, Dimensional und BlackRock sowie weitere US-Investoren wie John Hancock und SEI noch mit Spezialfonds an Rheinmetall beteiligt. Damit wird die US-Dominanz weiter gesteigert.»

Bei diesen Aktionären schwankten die Anteile allerdings ständig, weil mit den Aktien je nach Börsen- und Kriegslage spekuliert werde, durch schnellen Verkauf und Zukauf. Wie aus den gesetzlichen Stimmrechtsmitteilungen hervorgehe, habe etwa BlackRock schon im Jahr vor dem Krieg, 2021, seinen Anteil auf 4,99 Prozent verdoppelt. Und einige Monate nach Kriegsbeginn, am 5. Juli 2022, habe BlackRock seinen Anteil nochmal fast verdoppelt, auf 8,28 Prozent.

«Nicht identifizierte» Aktionäre

Alle diese Aktionäre versteckt der Konzern vor der deutschen Öffentlichkeit: In den Geschäftsberichten werden sie alle namentlich nicht erwähnt, sondern nur unter «institutionelle Aktionäre» anonym als Zahl zusammengefasst. Laut dem letztveröffentlichten Geschäftsbericht 2021 kommen die meisten dieser Anonymen aus den USA, nämlich 42. Dann folgen 23 dieser Anonymen aus «Europa», und 3 Namenlose aus dem «Rest der Welt», zusammen also 68. 2

Und nach diesen 68 Namenlosen folgen 31 weitere Aktionäre, die noch unter anderen Formen der Namenlosigkeit auf- bzw. abtauchen. Es beginnt mit 17 „Privataktionären“. Dann werden noch drei Aktionäre als «andere Aktionäre» geführt, natürlich ebenfalls namenlos.

Und dann sind da noch laut Geschäftsbericht 11 weitere Aktionäre. Sie bilden wieder eine eigene Kategorie: Sie werden als «nicht identifiziert» bezeichnet. «Nicht identifizierter» Aktionär – aufschlussreiche Kennzeichnung, nicht wahr?

Und Werner Rügemeier fragt, ob man sich demnächst bei einer Demonstration gegenüber der Polizei auch als «Privatbürger» ausweisen könne, oder als «anderer» Bürger. Man könne ja auch bei der nächsten Demonstration, zum Beispiel vor dem Rheinmetall-Sitz am Rheinmetall-Platz 1 in Düsseldorf, verkünden: «Hier demonstrieren «nicht identifizierte» Bürgerinnen und Bürger und malen ganz CO₂-frei eine grosse Friedensparole und die Namen der US-Eigentümer quer über die Fassade: Das muss doch dann auch möglich sein, unter deutschem Polizeischutz, oder?»

Und die ebenfalls gesichts- und namenlosen Profiteure

Doch Wellington, BlackRock & Co. leiteten ja den Hauptteil der Rheinmetall-Gewinne an ihre superreichen Kapitalanleger weiter, für die diese Vermögensverwalter weitere Formen der Anonymität und Vermummung darstellen. Wellington aus Boston/USA z.B. habe 5,09 Prozent der Rheinmetall-Aktien, die gegenwärtig etwa 500 Millionen Euro wert seien. Das Kapital, um diese Aktien zu kaufen, stamme von etwa 115 superreichen Kapitalanlegern, an die Wellington unter Abzug einer Gebühr die jährlichen Gewinne aus den Rüstungsaktien auszahle.

So überweise Wellington die Rheinmetall-Gewinne an Briefkastenfirmen in Finanzoasen, die zum US-geführten Finanzsystem gehören. Durch die Briefkastenfirmen werden die Kapitalgeber anonymisiert, namen- und gesichtslos gemacht, entpersönlicht. Als Anonymisierungs-Konstrukte dienten z.B. auf den karibischen Cayman Islands die Briefkastenfirmen High Haith Investors (Cayman) II Ltd., Strategies Master Fund (Cayman) L.P. und Elbe Investors (Cayman) sowie Wellington Management Hongkong Ltd.

Der Rheinmetall-Aktionär BlackRock aus New York besitze 8,28 Prozent der Aktien (Stand 5. Juli 2022) im Wert von etwa 800 Millionen Euro. Das Kapital zum Kauf dieser Aktien habe BlackRock von etwa 155 superreichen Anlegern erhalten. Die Briefkastenfirmen, an die die Gewinne dieser entpersönlichten Superreichen überwiesen würden, hiessen z. B. BlackRock Jersey International Holdings L.P. auf der britischen Kanalinsel Jersey, SAE Liquidity Fund auf den Cayman Islands und BlackRock Luxemburg Holdco im EU-Gründungsstaat Luxemburg.

«So werden die klammheimlichen Aufrüstungs- und Kriegsgewinnler gegenüber der Öffentlichkeit, den zuständigen Finanzämtern und der Finanzaufsicht unkenntlich und verantwortungslos gemacht. Darunter können natürlich auch deutsche Kapitalgeber sein, theoretisch auch Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats von Rheinmetall, auch zum Beispiel Rüstungs-Lobbyistinnen im Bundestag.

Ob eine im Bundestag vertretene Partei mal so «mutig» ist, um eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung zu stellen, zur organisierten Steuerflucht oder auch zu anderen Aktivitäten von Rheinmetall und seiner Aktionäre?»

Deutsche Fassade und Absegnung durch die Gewerkschaften

Nun weist Werner Rügemer auf die Tatsache hin, dass Rheinmetall nach aussen eine vollständig deutsche Fassade aufrechterhalte. Gut alimentiert bevölkerten Vorstand und Aufsichtsrat nur deutsche Persönlichkeiten, die im Unterschied zu den Aktionären alle im Rheinmetall-Geschäftsbericht 2021 mit Namen, Titeln und weiteren Angaben aufgeführt würden:

Der Vorsitzende des Vorstands heiße Armin Pappberger (Chief Executive Officer). Weitere Mitglieder im Vorstand: Dagmar Steinen (Chief Financial Officer & Director), Michael Salzmann (Chief Compliance Officer), Philipp von Brandenstein (Head Corporate Communication), Peter-Sebastian Krause (Member Management Board), Dirk Winkels (Head Investor Relations) und Dr. Rolf Giebeler (General Counsel).

Den Vorsitzenden des Aufsichtsrats gebe Dipl.Kfm. Ulrich Grillo, Chef der Grillo-Werke und der Rheinzink GmbH und noch Mitglied im EON-Aufsichtsrat. Die weiteren Mitglieder der Kapitalsseite: Die Professorin Dr. Susanne Hannemann von der Hochschule Bochum und die Vorsitzende der Pfeiffer Vacuum Technologie, Dr. Britta Giesen, die Professoren Dr. Dr. h.c. Sahin Albayrak und Dr. Andreas Georgi von der TU Berlin bzw. Universität München. Dr. Ing. Klaus Dräger komme vom Vorstand der BMW AG, und ein Ex-CDU-Verteidigungsminister namens Dr. Franz-Josef Jung passe auch dazu. «Akademische Titel in Fülle, alles seriös.»

In gleicher Zahl seien im Aufsichtsrat auch die Gewerkschaften bzw. Betriebsräte vertreten. Den stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gebe Dr. Daniel Hay, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung in der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Als weitere Mitglieder firmierten die Betriebsräte Dagmar Muth (Rheinmetall Defence), Ralf Bolm (Rheinmetall Waffe Munition), Dr. Michael Mielke (Pierburg Berlin), Markus Schaubel (Rheinmetall Automotive) und Sven Schmidt (Vorsitzender des Konzernbetriebsrats) sowie Barbara Resch von der IG Metall.

Bei Rheinmetall gebe es also überhaupt keine Gewerkschaftsfeindlichkeit und keinerlei Verletzung des Mitbestimmungsrechts wie in vielen anderen Unternehmen in Deutschland oder bei US-Konzernen wie Amazon, wo Wellington, BlackRock & Co auch führende Aktionäre sind. Im Gegenteil: Im US-Rüstungskonzern Rheinmetall funktioniere tadellos die deutsche Mitbestimmung.

Die Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen Funktionäre machen also in Kenntnis der US-Eigentumsverhältnisse und deren militärischen und Profit-Interessen vollkommen mit. Man bezieht ja auch gute Einkommen, krisensicher sozusagen.

Anmerkung:

Worauf Werner Rügemer in seinem Artikel nicht eingegangen ist, soll hier wenigstens kurz ins Bewusstsein gehoben werden. Ohne das kapitalistische Instrument der Aktie wären diese undurchsichtigen Eigentumsverschiebungen mit all ihren Wirkungen auf das Unternehmen nicht möglich. Dies zu ändern, ist eine der dringendsten Notwendigkeiten eines gerechten Wirtschaftslebens.

Das Aktienrecht schafft prinzipiell die Voraussetzung dafür, dass sich das Eigentum am Unternehmen, das aufgeteilt in den Händen der Aktionäre liegt, durch den Aktienhandel verselbständigt und gegenüber der wirtschaftlich produktiven Tätigkeit des Unternehmens ein Eigenleben führt, dieses aber bestimmt und den Gewinn absaugt. Die Aktieninhaber haben in der Regel weder eine sachliche noch eine menschliche Verbindung zu den Sorgen und Nöten der konkret im Betrieb arbeitenden Menschen, die die eigentliche Substanz eines Unternehmens ausmachen. Ihr Interesse an ihnen beschränkt sich selbstbezogen, egoistisch, auf die Gewinne, die sie ganz persönlich aus der Aktie beanspruchen können, ohne an ihrer Erwirtschaftung beteiligt zu sein.

Obwohl ihre Investitions-Einzahlungen längst in den dafür angeschafften Produktionsmitteln verschwunden sind, leben sie juristisch als Eigentumsrechte weiter, werden zur selbständigen Ware und erlangen im Verkauf wieder eine monetäre Existenz, jenseits der betrieblichen Vorgänge. (Siehe hier)

Ein grenzenloser Konzern

Werner Rügemer kommt nun zu einem entscheidend wichtigen Kapitel. «Wir sind überall in der Welt» – laute das Motto des US-Konzerns Rheinmetall. Damit folge man dem Motto des Staates, dem die Eigentümer angehören. Auch wenn die USA gerade mal keine Kriege, Manöver, Spezialoperationen und dergleichen durchführten, seien die US-Militärs mit 857 Militärstützpunkten ausserhalb ihres eigentlichen Staatsgebiets rund um den Globus dauerhaft aktiv: «In Mitgliedsstaaten von US-geführten Militärbündnissen, in zehn europäischen NATO-Staaten wie Deutschland, in annektierten Gebieten wie Hawaii, Guantanamo, Guam und Dutzenden anderen Staaten und Territorien 3, mit Kreuzern und U-Booten, Transportflugzeugen und Kampffjets, Bombern, Drohnen, Satelliten, Panzern, Jeeps, LkWs (alle noch nicht ganz CO₂-frei).»

Zur zeit- und ortsnahen Belieferung dieses globalen Militärbetriebs betreibe Rheinmetall nach eigenen Angaben 133 Standorte in 33 Staaten, und geliefert werde in noch ein paar mehr, in 139 Staaten. Die Standorte und Kunden seien dort, wo vor allem das US-Militär präsent und operativ tätig sei. In Deutschland habe der US-Konzern 42 Standorte. Auf die NATO- und auch (Noch-)Nicht-NATO-Staaten Europas seien 45 Rheinmetall-Standorte verteilt. Aber auch in der «neutralen» Schweiz sei der US-Konzern präsent: Dort habe man einen Teil des traditionsreichen Rüstungsunternehmens Oerlikon übernommen.

«Mit der Feindschaftserklärung unter US-Präsident Obama gegen China hat sich die Amerikanisierung von Rheinmetall fortgesetzt: Hinzu kamen 18 Standorte in Asien, in Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Im Jahr 2014 holte Rheinmetall den Ex-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel (FDP), als Strategieberater. So produzieren und liefern auch noch Standorte in Südafrika, Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Auf dem amerikanischen Kontinent sind es 15 Betriebe, davon 10 in den USA, so viel wie in keinem anderen Staat ausserhalb Deutschlands.» Rheinmetall habe Erfahrung, wie unter den Kanzlerschaften von Angela Merkel die ohnehin immer weiter gelockerten Rüstungs-Export-Kontrollen hätten umgangen werden können, etwa durch Filialen in anderen Staaten wie USA, Italien und Österreich.⁴

Enge Kooperation mit US-Rüstungskonzernen

«Für den Ukraine-Krieg hat Rheinmetall seinen Aufstieg beschleunigt. So wurde 2021 der spanische Munitionshersteller Expal zugekauft, damit noch mehr an die Front geliefert werden kann. 2022 wurden 700 Millionen Euro investiert, um die Produktion um 10 Prozent zu erhöhen. In Ungarn wird eine neue Fabrik errichtet.⁵

Rheinmetall wurde zum Kooperationspartner des grössten US-Rüstungskonzerns. Für den neuen Kampffjet F-35 von Lockheed darf Rheinmetall das 6,5 Meter lange Mittelstück zwischen Cockpit und Heck bauen. Das hat auch der deutschen Regierung erleichtert, aus Anlass des Ukraine-Krieges diesen teuren Jet zu kaufen, erstmal drei Dutzend. Das ist auch eine Einladung an weitere europäische NATO-Mitgliedsstaaten, ebenfalls auf eigene Entwicklungen zu verzichten und das Lockheed-Rheinmetall-Produkt zu kaufen.

Mit anderen US-Unternehmen werden technologische Innovationen vorangetrieben. American Rheinmetall Vehicles (ARV) hat mit Allison Transmission das elektrische Antriebssystem eGenForce für die neue Generation des US-Kampfpanzers Abrams entwickelt: Der Motor kann bei Bedarf im Gefechtsfeld auf umweltfreundlichen CO₂-freien Antrieb umgeschaltet werden: Dann macht der Motor keinen Lärm, emittiert keine Wärme und ist von feindlichen Drohnen schwerer zu entdecken.

Rheinmetall wurde zum integralen Teil der US-Strategie. Und BlackRock ist nicht nur Aktionär bei Rheinmetall und auch bei den wichtigsten EU-Rüstungskonzernen wie Leonardo (Italien) und BAE Systems (Grossbritannien) und natürlich auch in den Top Ten des US-Militärkomplexes wie Boeing, Lockheed, Raytheon, General Dynamics. BlackRock ist mit zwei Managern auch in der US-Regierung vertreten – beginnend unter Präsident Barack Obama und jetzt wieder unter Joe Biden – und ist damit auch Kriegspartei bei allen Kriegen und Rüstungsexporten, die von den USA ausgehen, von dort befördert werden, direkt oder indirekt.

Und seit Ende 2022 sei BlackRock gleichzeitig noch offizieller Berater der ukrainischen Regierung und zwar für den «Wiederaufbau» der Ukraine nach dem Krieg. Dieser jetzt vorbereitete und von Rheinmetall-Aktionär BlackRock koordinierte «Wiederaufbau» falle umso lukrativer aus, je länger und lukrativer der ebenfalls von Rheinmetall belieferte Krieg erst noch dauern und dadurch vorher möglichst viel zerstört werde.

Neue Panzerfabrik in der Ukraine

Rheinmetall arbeite jetzt in Konkurrenz zum deutschen Panzerhersteller Krauss Maffei Wegmann (KMW), der einigen urdeutschen Oligarchen-Clans gehöre und den bisherigen deutschen Kampfpanzer Leopard herstelle, an der Entwicklung des eigenen Panzers KF51 Panther.

Am 4. März 2023 habe Vorstandschef Pappberger bekanntgegeben, sie verhandelten mit der Regierung Selensky über die Errichtung eines neuen Panzerwerks in der Ukraine: «Die Gespräche sind vielversprechend, ich hoffe auf eine Entscheidung in den nächsten zwei Monaten.»⁶ Jährlich sollen dann bis zu 400 Stück des High-Tech-Panzers Panther gebaut werden. Die Ukraine wäre der erste Kunde.⁷ Damit wäre auch die Ablösung der KMW-Leopard-Konkurrenz geklärt und alles in US-Hand.

Das neue Panzerwerk wäre wohl erst in zwei Jahren produktionsfähig. Aber der Krieg gegen (nicht nur) Russland ist auf lange Sicht angelegt, unabhängig davon, wie der jetzige Krieg erstmal ausgeht.

Und Werner Rügemer schliesst mit der Bemerkung:

«Die korrupte, hoffnungslos überschuldete Regierung der Ukraine, das schon vor dem Krieg am tiefsten verarmte Land Europas, führt für die USA den lange vorbereiteten Stellvertreterkrieg gegen Russland. Zehntausende ukrainische Soldaten und Soldatinnen wurden von Selensky, Biden, Scholz, von der Leyen, Baerbock und BlackRock & Co. bereits auf dem Altar der «westlichen Werte» geopfert, und das soll weitergehen. Das passt auch zur «feministischen» Aussenpolitik der deutschen Aussenministerin, nicht wahr?

Ist diese menschenverachtende, perverse Logik nicht auch einer der vielen Gründe, endlich in Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden einzutreten?»

Anmerkungen:

¹ Werner Rügemer: *BlackRock & Co. enteignen!* Frankfurt/Main 2. Auflage 2022, S. 35

² Rheinmetall AG: Geschäftsbericht 2021, S. 20

³ worldbeyondwar.org/no-bases

⁴ Die Geschichte von Rheinmetall. Das Geschäft mit dem Tod: <https://www.war-starts-here.camp/rheinmetall-2/>; hier auch Angaben zu weltweiten Lizenzen, joint ventures sowie Belieferungen von kriegsführenden Staaten

⁵ Der Spiegel 28.1.2023

6 WirtschaftsWoche 8.3.2023: „So kann Rheinmetall seine Panzerfabrik vor russischen Angriffen schützen“

7 Rheinmetall will Panzerfabrik in der Ukraine bauen, tagesschau.de 4.3.2023

Quelle:

Rheinmetall: CO₂-neutrale Kriege! Umweltschonend gegen Russland! (nachdenkseiten.de)

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/04/24/deutsche-rüstungsschmiede-rheinmetall-in-us-hand-und-weltweit-in-der-nahe-des-us-militars/>

Der bargeldlose Überwachungseinkauf auf dem Wege zur Realität

Hwludwig, Veröffentlicht am 21. April 2023

Die grossen Discounter-Supermärkte haben damit begonnen, an ausgewählten Standorten Märkte für ausschliesslich bargeldloses Einkaufen einzurichten. Es sind Tests, ob die Bevölkerung sich freiwillig auf diesen vollautonomen Überwachungs-Einkauf einlässt, dessen Bequemlichkeit gepriesen, dessen gesellschaftspolitisch totalitäre Möglichkeiten aber verschwiegen werden. Es hängt also von uns allen ab, ob man diesen Weg beschreitet. Denn erzwungen kann es noch nicht werden, da das Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel ist. Nachfolgend wesentliche Inhalte und Teil-Transkriptionen eines (etwas hektischen) Videos von Kettner-Edelmetalle.¹

Einer der grössten deutschen Discounter, REWE, hat angekündigt, in Köln einen «Pick & GO-Markt» – ohne Kasse, ohne Wartezeit – zu eröffnen, der über eine bestimmte App betreten und in dem nur bargeldlos bezahlt werden kann. Kameras und Gewichtssensoren erkennen, wie sich die Kunden bewegen, was sie aus den Regalen genommen und in ihre Tasche oder ihren Rucksack verstaut haben. Die Quittung landet ganz bequem in der App. Sobald der Kunde den Markt verlassen hat, wird der Bon automatisch dem Handy zugestellt und auf dem dort speziell eingerichteten Konto verbucht.

Man möchte nicht wie beim digitalen Zentralbankgeld mit der Tür ins Haus fallen. Man beginnt damit, das Ganze aus der Sicht der Vorteile anzupreisen und geht mit keinem Wort darauf ein, welche Risiken langfristig hinter dem Entwicklungsplan der grossen Discounter stecken. Doch noch geht man nicht in die Vollen, sondern bietet das bargeldlose Einkaufen als Alternative an, man kann auch in Köln noch mit Bargeld bezahlen. Das ausschliesslich bargeldlose Einkaufen wird vorerst in einem Video als Vision gezeigt, die die Zukunft prägen werde.



Pixabay

Einen vollautonomen Pick & Go-Markt, in dem nur noch bargeldlos bezahlt werden kann, hat REWE jedoch am 14. Dezember 2022 in München eröffnet, von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger als erstem Kunden pressewirksam getestet.

Auch ALDI testet bereits schon länger in Utrecht in den Niederlanden den vollautomatisierten vollautonomen Supermarkt mit ganzen 475 Kameras in der Filiale, ohne Kasse. Das Konzept könnte dann laut ALDI zum Einsatz kommen, falls es bei den Kunden Anklang findet. –

Doch nach jüngsten Presseberichten 2 verirre sich seit der Eröffnung am 8. Juli 2022 kaum ein Kunde in den kassenlosen Supermarkt – trotz bester Lage in der Shopping-Strasse «Lange Vierstaat». Technische Einschränkungen und Unausgereiften sowie Reserven gegenüber der Überwachung sollen die Gründe sein.

Der Lebensmittel-Discounter «Netto» hat sogar bereits seit Dezember 2021 in München eine Pick & Go-Filiale, in der man aber – entgegen dem Video – auch noch die Wahl zwischen bargeldlos und Zahlen an der Kasse hat. «Netto» gehört zur EDEKA-Gruppe, und EDEKA ist der grösste Lebensmittelhändler in Deutschland. Das lässt erwarten, dass auch EDEKA bei positiven Erfahrungen diesen Schritt gehen wird.

Beurteilungen

«Der Vorteil dieser Lebensmittel-Discounter, die den ersten Schritt nun gemacht und gewagt haben, den Schritt, der wieder mit den Idealen des World-Ökonomik-Förums einhergeht, dieser Schritt wird so verkauft, dass er besonders bequem ist. Denn Sie müssen nicht mehr lange Schlange stehen, sie können die Lebensmittel direkt in ihre Tasche und den Rucksack einladen, sie müssen nicht mehr an der Kasse bezahlen, sie müssen kein Bargeld mehr herumtragen.»

Doch, dass Bargeld für uns alle auch Freiheit ist, möchte wohl keiner sehen. Und in Phasen eines Blackout ... möchte ich gerne wissen, wie diese Filialen auch weiterhin funktionieren. Denn wenn die Menschen vorm Schalter stehen und nicht mehr in der Lage sind zu bezahlen, müssen sie diesen Supermarkt plündern, oder er bleibt einfach zu.

Stellen Sie sich einmal vor, dieses Konzept hätte es bereits bei der Pandemie gegeben. Es wäre ein Einfaches gewesen, wenn Sie Ihre Gehorsamkeits-Maske nicht getragen hätten. Ohne Kasse geht dann also nicht einmal mehr die Barzahlung.

Und wer jetzt sagt, hier stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel – papperlapapp – REWE sagt dazu: Es wird kein Personal eingespart, das Befüllen der Regale ist mit diesem Konzept komplexer und aufwändiger. Zudem beantwortet das Personal künftig Fragen. –

Wenn es Ihnen wie mir geht, und dieses Personal regelmässig vor Ihnen weggerannt ist, dann soll also laut den Discountern in Zukunft genau diese Qualität dazu dienen, dass sie besser beraten werden.

Ob das Personal in der Zukunft wirklich weiterhin benötigt wird, bleibt offen. Ich habe hier so meine Zweifel. Dass diese Entwicklung besorgniserregend ist, ist uns, denke ich, allen klar. Die Entwicklung, dass Bargeld immer weiter auf dem Rückzugsweg ist, ist vor allem deswegen besorgniserregend, weil Bargeld sehr stark auch davon abhängt, wie stark es auch im Einzelhandel nachgefragt wird. Und wenn jetzt nun die grössten Discounter Deutschlands damit beginnen, bargeldlose Filialen zu öffnen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Bargeld nicht mehr Anklang und Einsatz finden wird.

Das bedeutet, dass Ihre Freiheit komplett dahin ist. Denn sie sind auf Schritt und Tritt verfolgbar. Bei jeder Transaktion wird man nachvollziehen können, wo Sie Ihr Geld, wie Sie es ausgegeben haben und ob Sie es noch ausgeben dürfen.

Man könnte ja auch damit beginnen, Bargeldautomaten einzusetzen. Doch daran denkt in diesen Pick & Go-Konzepten keiner. Es ist natürlich viel smarter, die Daten zu nutzen, um die Kunden auszuwerten und vielleicht auch später mit einem möglichen digitalen Zentralbank-Konto zu verschmelzen. Ein solches Gesetz wäre ein Leichtes, wenn die Infrastruktur erst einmal implementiert ist.

Die grössere Gefahr ist doch die Gefahr der totalen Überwachung. Laut REWE werden zwar in den Pick & Go-Konzepten keine biometrischen Daten wie die Augen, die Fingerabdrücke oder die Gesichter erfasst. REWE sagt nämlich: Das System erfasst nur Daten, um zu erkennen, welche Produkte der Konsument gekauft hat. Dass dies allerdings nur ein Knopfdruck entfernt ist und auch für Missbrauch die Türen öffnet, möchte ich an dieser Stelle auch noch mal offen zur Diskussion stellen, Schreiben Sie doch auch gerne mal in die Kommentare, ob Sie bei diesen Pick & Go-Konzepten bereits einkaufen waren, wie Sie es finden, ob ich es zu stark thematisiere und vielleicht auch zu stark kritisiere.

In meinen Augen ist diese Entwicklung allerdings ein wirklich dystopisches Szenario. Doch das kann der Staat recht einfach umsetzen. Ein Gesetz, das die biometrische Erfassung zur Pflicht macht zur Kontrolle und Überwachung von Geldwäsche oder beispielsweise der Terrorfinanzierung könnte eingeschoben werden, dass auch in Zukunft, wenn diese Pick & Go-Konzepte überall erst einmal flächendeckend umgesetzt sind, dann Ihre biometrischen Daten erfassen. Der Discounter kann hier unter Umständen gar nicht mehr zurückrudern, denn die Technik ist an dieser Stelle bereits integriert.

Und wir sehen doch gerade, was die deutsche Innenministerin Nancy Faeser fordert. Sie fordert eine komplette Chatkontrolle, das heisst eine Durchleuchtung Ihrer Chatprotokolle und vor allem eine anlasslose und massenhafte Überwachung dieser Chats, beispielsweise Ihrer privaten WhatsApp-Verläufe. Und ... die Begründung dafür wie immer die Verbrecherbekämpfung ist in meinen Augen nur ein vorgeschobenes Argument. Im ersten Schritt verkauft man es den Menschen als etwas Gutes, im zweiten Schritt nutzt man es aus zur kompletten Überwachung und zur Kontrolle.

Die grösste Gefahr ist allerdings die Gefahr, dass wir alle unsere Freiheit verlieren. Denn nicht nur die 2G- oder 1G-Debatte, die während der Pandemie geführt wurde, wo man Ungeimpfte ausschliessen wollte, wäre so einfach umsetzbar, sondern, viel wichtiger: dem Gesetzgeber und vor allem den Eliten sind alle Türen und Tore geöffnet, um uns in der kompletten vollständig erfassten digitalen Welt auszuschalten, wir, die sich kritisch äussern, die Dinge hinterfragen, die man nicht hinterfragen soll, und die vor allem auch ihre Zweifel hegen, ob das, was da passiert, wirklich demokratisch ist.

Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Kommentare mal zu dieser Entwicklung unter dieses Video schreiben. Ich würde mich freuen, wenn dort eine Diskussion ausbricht. Ich mische mich dort gerne ein und diskutiere mit Ihnen mit.

Erster Technik-Händler lehnt Bargeld ganz ab

Wie reitschuster.de³ nun meldet, nehme der grösste Apple-Händler in Deutschland, die Handelskette «Gravis», ab sofort sogar überhaupt kein Bargeld mehr an. Selbst Kleinstbeträge müssten demnach elektronisch und somit jederzeit nachvollziehbar werden. Als Grund für diese Schikane der Kunden gebe «Gravis» an, dass zuletzt nur noch ein «kleiner einstelliger Prozentanteil» der Kunden bar gezahlt habe. In ausgewählten Filialen habe bereits eine «erfolgreiche Testphase» stattgefunden. Dort sei der Bargeld-Wegfall auf eine «überdurchschnittlich grosse Akzeptanz» gestossen.

«Gravis» betone, das Bargeld-Verbot sei legal. «Ein gesetzliches Zahlungsmittel könne ausgeschlossen werden, sofern darüber informiert werde», so der Händler. Das geschehe durch Hinweise in den Geschäften und in den AGB.

Für die Mitarbeiter bedeute der «Wegfall von Bargeld weniger Zeitaufwand und mehr Sicherheit», habe «Bild» dazu gemeldet, denn auch die Risiken von Falschgeld und beim Bargeld-Transport zur Bank fielen jetzt weg.

Boris Reitschuster bemerkt dazu:

**«Noch mehr Sicherheit hätte «Gravis» mit Sicherheit,
wenn die Kunden ganz wegbleiben würden.
Das zumindest habe ich vor nach so einem Schritt.
Bargeld ist gelebte Freiheit.»**

1 <https://www.youtube.com/watch?v=nvQfaYTnL9M>,

2 [epochtimes.de](https://www.epochtimes.de),

3 reitschuster.de 18.1.2023

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/04/21/der-bargeldlose-uberwachungseinkauf-auf-dem-wege-zur-realität/>

Die andauernde Folterung Julian Assanges im Gefängnis des «demokratischen Werte-Westens»

Hwludwig, Veröffentlicht am 17. April 2023

Am 11. April 2023 jährte sich zum vierten Mal der Tag der Verhaftung des investigativen australischen Journalisten Julian Assange, der schwere Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt hatte. Seitdem wird er unter Bedingungen in britischer Auslieferungshaft gehalten, die einer fortdauernden Folter gleichkommen. Aus Anlass dieses empörenden Jubiläums hat Moritz Müller auf den NachDenkSeiten einen aufrüttelnden Artikel veröffentlicht, den wir nachfolgend mit seiner freundlichen Zustimmung übernehmen. Julian Assange darf nicht vergessen werden. Er bedarf der andauernden seelischen und geistigen Unterstützung vieler Menschen. (hl)



freeassange.eu

Julian Assange mittlerweile seit vier Jahren unter grausamen Bedingungen im Gefängnis

Von Moritz Müller

Heute (11. April 2023) jährt sich die Verschleppung von Julian Assange aus seinem Asyl in der ecuadorianischen Botschaft in London zum vierten Mal. Seitdem verschleppen die Behörden der beteiligten Länder seinen Fall. «Aktuell», das heisst seit Ende August letzten Jahres, wartet Julian Assange in seiner 6 m² kleinen Zelle darauf, dass ein namenloser britischer Richter entscheidet, ob seine zwei Berufungsanträge am Londoner High Court angenommen werden. Stella Assange hat erst letzte Woche wieder von der Dringlichkeit

des Falls gesprochen, weil es mit der Gesundheit ihres Mannes tagtäglich bergab geht. Der ehemalige UN-Sonderbeauftragte Nils Melzer bemerkte schon 2019 Anzeichen von Folter bei Julian Assange. Heute finden weltweit Mahnwachen für Julian Assange statt. Unter anderem in Berlin, Frankfurt, Ulm, Leipzig, Köln und London. Nachfolgend auch ein Grusswort von Sahra Wagenknecht zum heutigen traurigen Jubiläum und ein Offener Brief an die Regierende Bürgermeisterin Berlins. Zusammengestellt von Moritz Müller.

Es ist ein deutliches Zeichen, dass weiterhin Julian Assange, der auf der von ihm mitgegründeten Enthüllungsplattform WikiLeaks Dokumente über Kriegsverbrechen und Korruption veröffentlicht hat, inhaftiert ist und mitnichten die Personen, die die Kriege begonnen haben. Selten werden Soldaten wegen Kriegsverbrechen angeklagt, und dann oft nicht verurteilt oder nach kurzer Zeit begnadigt. Dies ist in sich logisch, denn sonst würden den Verantwortlichen wohl die Rekruten ausgehen.

Das ist alles nicht neu, aber irgendwie hatte ich immer gehofft, dass sich diese Dinge in unserem Informationszeitalter bessern würden. Es scheint aber, dass wirklich wichtige Dinge, bzw. Informationen, die nicht im Einklang stehen mit der vorherrschenden Richtung, unterdrückt, verschleiert und überdeckt werden.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Übermacht der Desinformation durchsetzt oder ob nach und nach mehr Menschen merken, dass vieles, was ihnen «offiziell» aufgetischt wird, einfach keinen Sinn ergibt.

Darunter fällt z.B. die Behauptung, Russland habe seine eigenen Gaspipelines in die Luft gesprengt, wenn es doch viel einfacher gewesen wäre, einfach den Gashahn zu schliessen. Dies hätte auch die Möglichkeit späterer Geschäfte mit einer klarersehenden Bundesregierung offengelassen.

Auch die WikiLeaks-Webseite funktioniert anscheinend nur noch bedingt. Hierzu variieren die Meinungen. Es kann sich hierbei um fortwährende Attacken auf die Server von WikiLeaks handeln, die abzuwehren, personal- und kostenintensiv ist. Die Gegenseite mit ihren aufgeblähten Geheimdienstapparaten hat ein Vielfaches an Ressourcen.

Oder es könnte sein, dass hinter den Kulissen nach Modalitäten gesucht wird, die es den beteiligten Regierungen ermöglichen, Julian Assange freizulassen und dabei doch irgendwie ihr Gesicht zu wahren?

Julian Assange ist, seit er sich am 7. Dezember 2010 auf einer Polizeiwache in London gestellt hat, seiner Freiheit beraubt, und ihm und seiner Familie geht langsam die Zeit aus. Aber auch für die USA und das Vereinigte Königreich, die ihn derzeit gemeinsam festhalten, würde es nicht gut aussehen, falls er im Gefängnis stirbt. Dies muss den Verantwortlichen klar gemacht werden.

Darum sind die Mahnwachen für Assange so wichtig, auch wenn sie nur wie ein Tropfen im Ozean erscheinen. Vielleicht merken dann auch Aussenministerin Baerbock und Bundeskanzler Scholz, dass sie durch ihr Schweigen gegenüber den Regierungen der USA und Grossbritanniens (mit-)verantwortlich sind am Schicksal von Julian Assange.

Hier nun das Grusswort von Sahra Wagenknecht zum heutigen Tag:

«Grusswort anlässlich des 4. Jahrestags der Entführung von Julian Assange aus der ecuadorianischen Botschaft am 11. April

Menschenrechte, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Schutz vor willkürlicher Verfolgung – wie stolz ist der Westen auf all diese Werte. Wie gern zeigen unsere Herrschenden mit dem Finger auf Länder wie Russland oder China, wo diese Werte verletzt werden, wo Dissidenten verhaftet und drangsaliert werden.

In ihrer Selbstgerechtigkeit merken diese Herrschenden gar nicht, wie viele Finger schon lange auf sie zurück zeigen. Sie zeigen auf Kriegsverbrechen, die der Wertewesten begangen hat – im Irak, in Afghanistan, in Libyen, im ehemaligen Jugoslawien, die Liste liesse sich noch lange fortsetzen. Sie zeigen auf Gefängnisse in Guantánamo oder Abu Ghraib, deren Insassen misshandelt, vergewaltigt und gefoltert wurden. Diese Finger zeigen auch auf das britische Hochsicherheitsgefängnis in Belmarsh, das wegen seiner unmenschlichen Haftbedingungen als die «britische Version von Guantánamo Bay» gilt.

Vor genau vier Jahren wurde Julian Assange aus der Botschaft in Ecuador entführt und wird seitdem in einer 6 Quadratmeter grossen Zelle in Belmarsh gefangen gehalten – ohne Verurteilung, ohne einen fairen Prozess. Es handelt sich um den «wohl grössten Justizskandal aller Zeiten», sagt einer der weltweit angesehensten Menschenrechtsanwälte über den Fall Assange.

Er sitzt nicht nur unschuldig in Haft, es haben auch nur sehr wenige Menschen Zugang zu ihm: Die Organisation Reporter ohne Grenzen, die schon lange für die Freilassung von Assange kämpft, hat vor einer Woche versucht, die Ehefrau von Assange bei einem Treffen im Gefängnis zu begleiten – doch ihr wurde der Zugang verwehrt. «Dies ist nur das jüngste in einer langen Reihe von aberwitzigen Hindernissen, die uns in den vergangenen drei Jahren bei der Kampagne für die Freilassung von Julian Assange in den Weg gelegt wurden», kommentieren Reporter ohne Grenzen diesen Vorfall.

Inzwischen bangen seine Familie, seine Freunde und Unterstützer nicht nur um seine Gesundheit, sie bangen um sein Leben. «Sein körperlicher Zustand wird mit jedem Tag schlechter, denn das passiert eben, wenn man einen Menschen bis zu 20 Stunden am Tag einsperrt, Besuche einschränkt und auf grausame Weise mit seinem Wohlbefinden umgeht», sagte seine Ehefrau vor kurzem.

An Julian Assange soll ein grausames Exempel statuiert werden. Ziel seiner Feinde ist es, all die Menschen einzuschüchtern und mundtot zu machen, die über Kriegsverbrechen der USA und anderer Länder des Wertewestens aufklären. Doch dieses Ziel werden sie niemals erreichen! Der Geist der Aufklärung, der vor 13 Jahren mit den Enthüllungsvideos von Wikileaks aus der Flasche entwichen ist, lässt sich nie wieder einfangen.

Das Märchen von den USA als demokratischer Supermacht, die weltweit für Menschenrechte eintritt – es verfängt nicht mehr. Immer mehr Staaten auf dieser Welt emanzipieren sich vom sogenannten Wertewesten, weil sie die Heuchelei und die doppelten Standards durchschauen. Wann wachen unsere Regierungen endlich auf und erkennen, dass sie sich mit ihrem Kurs der bedingungslosen Unterstützung der USA nur ins eigene Fleisch schneiden?

Wer es ernst meint mit den Werten der Aufklärung, wem die Presse- und Meinungsfreiheit und die allgemeinen Menschenrechte sowie die Aufklärung von Kriegsverbrechen wirklich am Herzen liegen, der kann zum Schicksal von Julian Assange nicht einfach schweigen.

Selbst die australische Regierung hat inzwischen den Mut, die Freilassung von Assange zu fordern, vor einer Woche erhielt Assange im Gefängnis Besuch vom australischen Botschafter in London – warum hat unsere Regierung nicht den Mut, sich dieser Forderung anzuschließen? Frau Baerbock, Herr Scholz: Fordern Sie die Freilassung von Julian Assange, bieten Sie ihm politisches Asyl an! Oder hören Sie auf, von Menschenrechten zu reden, denn diese vertragen keine doppelten Standards.»

Zu guter Letzt möchten wir hier auch auf die Initiative von «Stadtasyl für Julian Assange» hinweisen, die den nachfolgenden Offenen Brief an die Regierende Bürgermeisterin von Berlin geschrieben hat.

Wer sich dem anschließen möchte, kann den Brief als PDF herunterladen, ausdrucken und weitere Unterzeichner gewinnen.

OFFENER BRIEF

An die Regierende Bürgermeisterin und die BürgermeisterInnen der Berliner Bezirke
Im April 2023

Am 11. April jährt sich zum vierten Mal die Entführung des australischen Journalisten Julian Assange aus der Botschaft Ecuadors in London. Seit 4 Jahren wird Julian Assange in einer 6 Quadratmeter grossen Zelle eines englischen Hochsicherheitsgefängnisses festgehalten. Die USA fordern seine Auslieferung; dort drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft oder gar die Todesstrafe – und dies, weil er seine Aufgabe als Journalist wahrgenommen hat. Aus der US-Administration wurden Pläne bekannt, Assange aus der Botschaft zu entführen und zu ermorden.

Die Juristen Assanges beklagen massive Behinderungen ihrer Arbeit und die Verletzung der Menschenrechte Assanges durch die englische Justiz. Der vormalige UN-Sonderberichterstatter für Folter, Prof. Nils Melzer, stellte fest, dass die extremen, menschenrechtswidrigen Bedingungen des Verfahrens und der Haft Folter sind, mit dem Ziel, Julian Assange zu zermürben und einen Menschen zum Schweigen zu bringen, der die Kriegsverbrechen der USA im Irak und in Afghanistan aufgedeckt und veröffentlicht hat. (s. N. Melzer, «Der Fall Assange – Geschichte einer Verfolgung», München 2021). In der Folge der Haftbedingungen und der Länge der Haft ist der Gesundheitszustand von Assange inzwischen lebensbedrohlich.

Julian Assange ist der politische Gefangene des Westens. Mit ihm stehen die Pressefreiheit und unsere Informationsfreiheit auf dem Spiel, beides unabdingbare Voraussetzungen demokratischer Gesellschaften.

Die Bundesregierung nimmt ihre Aufgabe, politisch Verfolgten zu helfen und sie zu schützen, im Fall Assanges nicht wahr; sie weigert sich, bei den Regierungen der USA und Grossbritanniens mit Nachdruck und Deutlichkeit auf die Freilassung von Assange zu dringen. Subsidiär ist daher das bürgerschaftliche Engagement der Städte und Gemeinden gefordert.

Wir appellieren an Sie, die BürgermeisterInnen Berlins, sich umgehend und parteiübergreifend für die Freilassung von Julian Assange einzusetzen. «Stadtasyl für Julian Assange» ist die Parole und das Ziel der Aufforderung, Julian Assange Schutz zu bieten und daran mitzuwirken, sein Leben zu retten. Tragen Sie dazu bei, Informationsfreiheit und Demokratie zu erhalten!

Wir bitten Sie, sich dieses ebenso wichtige wie dringende Anliegen zu eigen zu machen. Mit ihren Unterschriften unterstützen die BürgerInnen den an Sie gerichteten Appell.

Impressum / V.i.S.d.P.: Initiative «Stadtasyl für Julian Assange», c/o Ch. Deppe, Berlin

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96210>

Zum Fall Assange siehe auch:

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/05/06/narr-oder-held-die-jagd-der-maechtigen-nach-julian-assange-dem-mutigen-der-sie-entlarvte/>

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/08/ex-botschafter-assange-wird-zu-tode-gefoltert/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/04/17/die-andauernde-folterung-julian-assanges-im-gefangnis-des-demokratischen-werte-westens/>

Haftbefehl gegen Putin beruht auf erfundenen «Deportationen» ukrainischer Kinder

Hwludwig, Veröffentlicht am 14. April 2023

Der Haftbefehl stützt sich auf einen Bericht des Yale HRL-Zentrums, das vom US-Aussenministerium finanziert wird, und dessen Direktor unter Druck des US-Geheimdienstes noch verfälschende Behauptungen verbreitet hat. Die US-Website «The Grayzone» hat in der Sache gründlich recherchiert, insbesondere der Journalist Jeremy Loffredo, der solche angeblichen «Umerziehungslager» in Russland besucht hat. Der Yale HRL-Bericht widerspricht sogar vielen Behauptungen im ICC-Haftbefehl und widerlegt auch die aufhetzenden Aussagen, die der Direktor Nathaniel Raymond bei Medienauftritten gemacht hat. Wir übernehmen nachfolgend zu grossen Teilen den ausführlichen Artikel darüber. (hl)
Der ICC-Haftbefehl gegen Putin basiert auf einem vom Aussenministerium finanzierten Bericht, der sich selbst entlarvt hat

Von Jeremy Loffredo und Max Blumenthal, 31. März 2023

Am 17. März stellte der Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Beauftragte für die Rechte der Kinder, Maria Llova-Belova, vor. Der Haftbefehl, in dem Putin und Lolva-Belova beschuldigt werden, die «unrechtmässige Deportation» ukrainischer Kinder in ein «Netzwerk von Lagern» in der gesamten Russischen Föderation durchgeführt zu haben, löste im Westen eine Welle von empörten Kommentaren aus.

US-Senator Lindsey Graham, der vielleicht aggressivste Befürworter eines Krieges mit Russland im Kongress, verkündete: «Der IStGH hat einen Haftbefehl gegen Putin erlassen, weil er die Entführung von mindestens 16'000 ukrainischen Kindern aus ihren Familien organisiert und sie nach Russland geschickt hat. Das ist genau das, was Hitler im Zweiten Weltkrieg getan hat.»

Fareed Zakaria von CNN schloss sich Graham an und erklärte, der Haftbefehl des IStGH zeige, dass Putin «in der Tat Teile von Hitlers Drehbuch befolgt».

Der IStGH-Ankläger stützte sich bei seinem Haftbefehl offenbar auf Forschungsergebnisse des Humanitarian Research Lab (HRL) der Universität Yale. Die Arbeit des Yale HRL wurde vom Bureau of Conflict and Stabilization Operations des Aussenministeriums finanziert und geleitet, einer Einrichtung, die die Biden-Administration im Mai 2022 eingerichtet hat, um die Strafverfolgung russischer Beamter voranzutreiben. In einem Interview mit Anderson Cooper von CNN behauptete der Geschäftsführer von Yale HRL, Nathaniel Raymond, dass sein Bericht Beweise dafür liefere, dass «Tausende von Kindern sich in einer Geiselhaft befinden». Unter Berufung auf den Holocaust behauptete Raymond: «Wir haben es hier mit dem grössten Netzwerk von Kinderlagern zu tun, das es im 21. Jahrhundert gibt.»

In einem Interview mit Jeremy Loffredo, dem Mitverfasser dieses Berichts, und in seinem eigenen Beitrag für Yale HRL widersprach Raymond jedoch vielen der bombastischen Behauptungen, die er gegenüber den Medien über Kindergeiseln aufgestellt hatte. In einem Telefongespräch mit Loffredo räumte Raymond ein, dass «ein grosser Teil» der von seinem Team untersuchten Lager «in erster Linie der kulturellen Erziehung diene – ich würde sagen, der Teddybär-Erziehung».

In dem Bericht von Yale HRL wird ebenfalls eingeräumt, dass die meisten der untersuchten Camps kostenlose Freizeitprogramme für benachteiligte Jugendliche anboten, deren Eltern «ihre Kinder vor den ständigen Kämpfen schützen» und «sicherstellen wollten, dass sie nahrhaftes Essen bekamen, das in ihrem Heimatland nicht erhältlich war». Fast alle Camper kehrten nach der Teilnahme mit dem Einverständnis ihrer Eltern rechtzeitig nach Hause zurück, heisst es in dem Bericht. Der vom Aussenministerium finanzierte Bericht räumt ferner ein, dass er «keine Belege für die Misshandlung von Kindern» gefunden habe.

Yale HRL stützte sich bei seinen Nachforschungen ausschliesslich auf Maxar-Satellitendaten, Telegram-Postings und russische Medienberichte, wobei es sich bei der Interpretation auf die Google-Übersetzung stützte und die Artikel in seinen Zitaten bisweilen falsch wiedergab. Das vom Aussenministerium finanzierte Referat räumte ein, dass es für seine Arbeit keine Feldforschung betrieben hat und erklärte, dass es «keine Untersuchungen vor Ort durchführt und daher keinen Zugang zu den Lagern beantragt hat».

Im Gegensatz zu den Ermittlern aus Yale, die den Haftbefehl des IStGH veranlasst hatten, erhielt Loffredo ungehinderten Zugang zu einem Lager der russischen Regierung in Moskau, in dem Jugendliche aus der vom Krieg zerrütteten Donbass-Region untergebracht sind. Obwohl es sich um genau die Art von Zentrum handelt, die von Yale HRL – und damit auch vom ICC – als «Umerziehungslager» für ukrainische Kindergeiseln dargestellt wird, fand er ein Hotel voller glücklicher Camper vor, die von erstklassigen Lehrern kostenlosen Unterricht in klassischer Musik in ihrer russischen Muttersprache erhielten – ein «Teddybär», wie Raymond es nannte.

Im Musikcamp des Donbass-Express in der Nähe von Moskau erzählten die Jugendlichen Loffredo, dass sie dankbar seien, vor dem jahrelangen Beschuss und der Belagerung ihrer Heimat durch die ukrainische Armee Zuflucht gefunden zu haben. Durch die Flucht vor dem Krieg im Donbass sind diese Kinder einem

albtraumhaften militärischen Konflikt entkommen, für den sich Yale HRL und der Internationale Strafgerichtshof wenig bis gar nicht interessieren.

Hier ein Video aus einem russischen Jugendlager:

https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=NDS10SEIoz8&embeds_euri=https%3A%2F%2Fwww.zerohedge.com%2F&feature=emb_logo

Als ich, Jeremy Loffredo, im November 2022 ein Jugendmusikcamp in Russland besuchte, war mir nicht bewusst, dass die US-Regierung selbstlose Programme wie das, dessen Zeuge ich wurde, bald für die politische Kriegsführung ausnutzen würde.

Kostenloser Musikunterricht, (spirituelle Bereicherung), Sicherheit vor Krieg und die Verurteilung durch die USA: ein Besuch im Donbas Express

Damals war ich im Auftrag von Rebel News, meinem früheren Arbeitgeber, in Moskau, um Interviews mit ganz normalen Menschen auf der Strasse zu führen.

Nachdem ich jemanden getroffen hatte, dessen Frau in der russischen Musikszene grossen Einfluss hatte, wurde ich eingeladen, 45 Meilen südwestlich von Moskau ein Programm zu besuchen, das von vom US-Aussenministerium finanzierten Forschern als «Umerziehungslager» bezeichnet wurde. Dort, in einem Hotel aus der Sowjetzeit in der Stadt Pokrowskoje, betrat ich eine der sogenannten Einrichtungen, die jetzt im Mittelpunkt des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Putin stehen.

Zum Zeitpunkt meines Besuchs hatte die russische Regierung das Hotel in ein behelfsmässiges Auffanglager für Kinder aus den abtrünnigen Republiken Donezk und Lugansk umgewandelt. Das Zentrum, das ich besuchte, trägt den Namen «Donbas-Express» und bietet Kindern, die sich für die Musik interessieren, eine klassische Ausbildung. Eltern, die ihre Familien vor dem Konflikt in der Heimat schützen wollten, hatten ihre Kinder für das Programm angemeldet.



Peter Lundstrem, ein professioneller Geiger und Lehrer beim Donbas-Express, erklärte mir: «Dank der Unterstützung des Staatlichen Präsidialfonds konnten wir 80 Kinder aus den Regionen Donezk und Lugansk mitbringen. Es handelt sich um talentierte junge Musiker, die für 12 Tage hier sind. Sie leben hier und nehmen Unterricht bei hervorragenden Musiklehrern. Sie veranstalten Konzerte. Sie erhalten eine Ausbildung.»

Trotz seiner eklatanten Mängel und des Versäumnisses, sich vor Ort zu vergewissern, hat der vom State Department finanzierte Yale HRL-Bericht in Bezug auf die Erfahrungen der am Donbas-Express teilnehmenden Kinder eines richtiggestellt: Sie werden ihre Teilnahme an dem Programm wahrscheinlich geheim halten. In den Augen der ukrainischen Behörden kommt die einfache Reise nach Russland – selbst für kostenlosen Musikunterricht – einer Kollaboration mit dem Feind gleich.

In dem Bericht heisst es: «Viele Familien in der Ukraine wollen ihre [Lager- oder Schul-]Erfahrungen nicht öffentlich machen, weil sie befürchten, dass sie [von der Ukraine] als Kollaborateure mit Russland angesehen werden.»

Über die am Donbas-Express beteiligten Schüler sagte Lundstrem: «Damit Sie verstehen, was Kindern wie diesen in der Ukraine angetan wird ... Kinder, die irgendeine Art von Hilfe von russischen Menschen oder dem russischen Staat erhalten ... sie würden einfach getötet.»

Die meiste Zeit ihres Lebens lebten diese Jugendlichen täglich mit der Bedrohung durch den Tod. In den acht Jahren vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 war die ethnisch russische Be-

völkerung des Donbass regelmässigem Beschuss durch die von den USA unterstützte nationalistische Regierung in Kiew ausgesetzt. Schon vor Februar 2022 hatte dieser Bürgerkrieg Tausende von Zivilisten das Leben gekostet, darunter auch Kinder wie die, die ich im Donbas-Express traf.

«Natürlich waren viele [der jungen Menschen, die am Donbas-Express teilnehmen] von diesem Konflikt stark betroffen», sagte Lundstrem. «Viele von ihnen haben ihre Häuser verloren. Einige von ihnen haben ihre Verwandten und Freunde verloren. In der Konfliktzone können sie ihr professionelles Musikstudium nicht fortsetzen. In Donezk funktionieren die philharmonischen und allgemeinbildenden Einrichtungen nicht.»

Obwohl der vom State Department finanzierte Yale-Bericht die Amerikaner glauben machen will, dass Russlands Vorgehen, Lager wie den Donbas-Express zu eröffnen, Kriegsverbrechen gleichkommt, wollten die Studenten, die ich dort traf, nicht weg.

«Natürlich wollen sie alle, dass dieses Programm fortgesetzt wird. Sie wollen bleiben und dass es immer weitergeht. Aber wir können nur diese kleinen Dinge tun. Wir werden das in Zukunft vielleicht wiederholen», sagte Lundstrem mir.



A concert at the Donbas Express



Ich habe mit zwei Donbas-Express-Schülern vor der Kamera gesprochen. Beide äusserten überschwängliche Dankbarkeit für das Programm.

«Ich bin auf Einladung hier, auf grosszügige Einladung», sagte einer aus Donezk. «Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal nach Moskau kommen würde. Ich habe bei Konzerten mitgewirkt, was für die geistige Bereicherung und die Läuterung der Seele hilfreich ist. Und ich bin hier, um meine musikalischen Fähigkeiten zu entwickeln.»

«Hier setzen wir unsere musikalischen Studien fort, trotz der Ereignisse um uns herum, weil es uns Erleichterung verschafft», sagte mir ein anderes Kind aus dem Donbass.

Wie alle anderen Schüler des Programms sind auch diese angehenden Musiker in einer Region aufgewachsen, die sich in offener Rebellion gegen eine ukrainische Regierung befindet, die ihre russisch-orthodoxe Konfession verboten hat, die russische Sprache verbieten wollte und die russischstämmige Bevölkerung des Landes gewaltsam angegriffen hat.

Die meisten, wenn nicht sogar alle Schüler des Donbas-Express identifizieren sich mit der russischen Nation, so ihr Lehrer. «Sie haben dieses [patriotische] Lied «My Homeland Is Coming Back», so Lundstrem. «All diese 80 Kinder haben es geschrien. Sie schrien einfach dieses Lied.»

Der Lehrer betonte jedoch: «Wir organisieren [den Donbass-Express] nicht aus politischen Gründen. Wir sind nicht hier, um zum Beispiel zu sagen: «Russland für immer!». Wir sind hier, um diesen Kindern zu helfen. Aber natürlich sind wir Russen.»

Die politischen Sympathien und der russische ethnische Hintergrund der Kinder, die aus der Ostukraine zu Programmen wie dem Donbass-Express reisten, werden in dem vom Aussenministerium finanzierten Bericht von Yale HRL nur am Rande erwähnt.

Inhalt des Yale HRL-Berichts widerspricht dem ICC-Haftbefehl

Nathaniel Raymond, der geschäftsführende Direktor des vom Aussenministerium geförderten Yale HRL, trat am 16. Februar 2023 in der CNN-Sendung Anderson Cooper 360 auf, um das zu verkünden, was er als «Amber Alert (System zur Verbreitung von Vermisstenmeldungen von Kindern in den USA) für die Kinder der Ukraine» bezeichnete.

In Anspielung auf den Holocaust behauptete Raymond, er und sein Team hätten «die grösste Anzahl von Lagern im 21. Jahrhundert» aufgedeckt, ein Befund, der einen möglichen «Beweis für Völkermord» darstelle. «Sie versuchen, sie zu Russen zu machen», sagte Raymond und behauptete, die russischen Behörden hätten die ukrainischen Kinder gewaltsam von ihren Familien getrennt und einer militärischen Zwangsausbildung unterzogen.

«Tausende von Kindern befinden sich in einer Geiselhaft», erklärte der vom Aussenministerium unterstützte Yale-Forscher. Mit einem entrüsteten Gesichtsausdruck murmelte CNN-Moderator Cooper: «Das ist wirklich widerlich. Das ist krank.»

Der tatsächliche Inhalt der Untersuchung vom 14. Februar 2023, die Raymond im Auftrag des Aussenministeriums durchführte, steht jedoch im Widerspruch zu seinen Behauptungen über eine «Geiselsituation». Raymonds offensichtliche Ahnungslosigkeit in Bezug auf die Situation in vielen Jugendlagern könnte darauf zurückzuführen sein, dass weder er noch einer seiner Kollegen versucht haben, die Lager zu besuchen. Sie haben auch nicht versucht, mit Kindern, die an den Lagern teilgenommen haben, ihren Eltern oder Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen.

In seinem Bericht heisst es: «Yale HRL führt keine Interviews mit Zeugen oder Opfern durch; es werden nur die spezifischen Informationen gesammelt, die in offenen Quellen verfügbar sind. Wenn die Analysten keine öffentlichen Informationen darüber finden können, ob ein Kind nach Hause zurückgekehrt ist, kann es schwierig sein, den aktuellen Status des Kindes zu ermitteln. Ebenso führt Yale HRL keine Untersuchungen vor Ort durch und hat daher keinen Zugang zu den Lagern beantragt.»

Mit anderen Worten: Die Forscher, die dem IStGH den Haftbefehl gegen Putin vorgelegt haben, haben keine Untersuchungen vor Ort durchgeführt und geben zu, dass sie keine konkreten Informationen über den Status der Kinder erhalten haben.

In dem Papier wird eingeräumt, dass «viele der Kinder, die diese Lager besucht haben, anscheinend zu ihren Familien zurückkehren, wenn dies vorgesehen ist».

In dem Bericht findet sich auch die folgende Aussage: «Viele Kinder, die in Lager gebracht werden, werden mit dem Einverständnis ihrer Eltern für eine vereinbarte Dauer von Tagen oder Wochen geschickt und kehren wie ursprünglich geplant zu ihren Eltern zurück.»

«Viele dieser Eltern sind einkommensschwach und wollten eine kostenlose Reise für ihr Kind in Anspruch nehmen», heisst es in dem Papier von Yale HRL/State Department weiter. «Einige hofften, ihre Kinder vor den anhaltenden Kämpfen zu schützen, sie an einen Ort mit intakten sanitären Anlagen zu schicken oder sicherzustellen, dass sie nahrhaftes Essen bekommen, das in ihrem Heimatland nicht erhältlich ist. Andere Eltern wollten einfach nur, dass ihr Kind Urlaub machen kann.»

Wenn die Kinder also freiwillig in die Lager gingen und meist rechtzeitig zurückgebracht wurden, während die meisten Eltern eine «sinnvolle» Zustimmung gaben und dankbar waren, dass ihre Kinder an einem sicheren Ort mit gesundem Essen sein konnten, wo waren dann die «Beweise für Völkermord», die Raymond bei seinem CNN-Auftritt behauptete?

In dem Papier des Yale HRL/State Department heisst es: «Es gibt keine Belege für Misshandlungen von Kindern, einschliesslich sexueller oder physischer Gewalt, in den Lagern, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird.»

Die Zitate in dem Bericht enthalten einen Link zu einem RIA Novosti Artikel über ein zweiwöchiges Sommerlager in der russischen Stadt Magadan. Polina Tsvetkova, ein in dem Artikel zitiertes Kind, gab eine eindeutig positive Bewertung ab, die sich mit den Aussagen der Teilnehmer des Donbass-Express deckt:

«Auf der Fahrt vom Flughafen waren wir sehr beeindruckt von den Landschaften der Region. Ich gehe gerne auf den Feldern spazieren und pflücke Blumen. Es ist sehr interessant, die Natur zu sehen. Es gibt so viele schöne Aussichten. Als wir fuhren, sah ich kleine Flüsse, die aus den Bergen flossen. Sehr schön, die Aussicht ist einfach grossartig.»

Das Yale HRL/State Department Paper lässt die Aussagen der glücklichen Sommercamp-Teilnehmer aus dem zitierten RIA Novosti Artikel weg. Stattdessen wird der Artikel verwendet, um zu behaupten: «Die Kinder

wurden mit Bussen, Zügen, Verkehrsflugzeugen und in mindestens einem Fall von den russischen Luft- und Raumfahrtkräften transportiert.»

Wie schon bei seinem CNN-Auftritt hat Raymonds vom Aussenministerium gesponserter Bericht eine einzige Tatsache verschwiegen, die seine gesamte Behauptung, dass sich «Tausende [ukrainische] Kinder in einer Geiselhaft befinden», entkräftet. Fast alle Kinder, auf die sich der Bericht des Yale HRL/State Department bezieht, sind ethnische Russen aus Familien und Gemeinschaften, die sich in ihrem Konflikt mit der nationalistischen Regierung in Kiew auf die Seite Russlands gestellt haben.

Die Jugendlichen, die an dem im RIA Novosti-Artikel erwähnten Lager teilnahmen, stammten aus Zhdanovka, einer Stadt in der Republik Donezk, die sich 2014 von der Ukraine abgespaltete und 2022 formell ihre Unabhängigkeit erklärte. Dennoch bezeichneten der ICC und alle anderen offiziellen westlichen Quellen diese Jugendlichen einfach als «ukrainisch», als ob sie gewaltsam aus den von den russischen Streitkräften besetzten pro-kiewer Gemeinden herausgeholt und in russischen Internierungslagern einer Gehirnwäsche unterzogen worden wären.

Das Yale HRL/State Department erwähnt den politischen und ethnischen Hintergrund der jugendlichen Camper nur am Rande und stellt an einer Stelle fest: «Viele Familien in der Ukraine wollen nicht öffentlich über ihre Erfahrungen [im Lager] sprechen, weil sie befürchten, dass sie als Kollaborateure mit Russland angesehen werden.»

Die Autoren des Yale HRL/State Department Papiers haben nicht nur gezeigt, dass ihnen die Sicherheit dieser Familien völlig egal ist, sie haben auch Forderungen nach ihrer sofortigen Rückkehr in ein Konfliktgebiet laut werden lassen, wo sie von der ukrainischen Regierung gefoltert oder getötet werden könnten.

Unter Bezugnahme auf die Evakuierung von 500 Waisenkindern aus Donezk im Februar 2022, als die ukrainischen Streitkräfte ihre Angriffe auf die Separatistenrepubliken eskalierten, schreiben die Autoren: «Der Grund, den die russische Regierung damals öffentlich angab, war die angebliche Bedrohung durch eine Offensive der ukrainischen Streitkräfte gegen die sogenannte Donezker Volksrepublik (DVR) und die Luhansker Volksrepublik (LPR).»

Zur Untermauerung dieser Behauptung wird ein Bericht von Donbass Insider angeführt, in dem beschrieben wird, wie die ukrainische Armee am 19. Februar 2022 ihren Beschuss ziviler Gebiete in Donezk intensivierte und dabei ein Haus, eine Geflügelfarm und ein Elektrizitätsumspannwerk zerstörte, so dass 800 Bewohner ohne Strom waren. Es war der 43. ukrainische Verstoss gegen den Waffenstillstand in der Volksrepublik Donezk. Fünf Tage später marschierten die russischen Streitkräfte in die Ukraine ein und kündigten an, das Land zu «entmilitarisieren».

Stellt die Auslieferung von Waisenkindern aus dem Kriegsgebiet Donezk an einen sichereren Ort innerhalb der Russischen Föderation also eine Entführung dar, wie Raymond behauptete?

Der Forscher vom Yale HRL/State Department vertritt offenbar eine äusserst lockere Definition dieses Begriffs. Im Jahr 2020 twitterte Raymond zustimmend einen Leitartikel der Washington Post, in dem er die Politik der Trump-Administration (die von der Biden-Administration fortgesetzt wird), Minderjährige von ihren Eltern zu trennen, anprangerte: «Lasst uns kein Blatt vor den Mund nehmen. Die Trump-Regierung hat Kinder entführt.»

«Teddybär»-Lager: Yale HRL-Direktor widerspricht in einem Interview den Behauptungen über eine «Geiselnahme» und offenbart Verbindungen zum US-Geheimdienst

Nathaniel Raymond ist ein Technologe, der für verschiedene internationale Nichtregierungs-Organisationen und Universitäten gearbeitet hat, von Oxfam bis zum Signal Project in Harvard, und der nach eigenen Angaben im technischen Beratungsteam des Internationalen Strafgerichtshofs tätig war. Bevor er seine Stelle als Dozent an der Yale School of Public Health antrat, arbeitete er für George Clooney, den Hollywood-Star, der dazu beigetragen hat, die Notlage in der sudanesischen Region Darfur zum Thema zu machen. Clooney setzte sich seinerseits für die Pro-Israel-Gruppen und Präsident George W. Bush ein, der damit drohte, US-Truppen nach Darfur zu schicken.

«Ich zähle Panzer aus dem Weltraum für George Clooney», witzelte Raymond 2012 gegenüber dem Guardian und bezog sich dabei auf seinen bahnbrechenden Einsatz der Maxar-Satellitentechnologie zur Dokumentation angeblicher Menschenrechtsverletzungen.

Als ich, Jeremy Loffredo, erfuhr, dass Raymonds Yale HRL einen Bericht über Jugendprogramme der russischen Regierung wie den Donbass-Express veröffentlicht hatte, schrieb ich ihm eine E-Mail, um ihn darüber zu informieren, dass ich im November 2022 in einem dieser Lager gewesen war. Ich sagte ihm, dass ich bereit sei, meine Erfahrungen mit ihm zu teilen. Er willigte ein, mit mir telefonisch zu sprechen.

Raymond erklärte mir, dass er, als er 2021 an das Yale HRL kam, ein vom Aussenministerium gefördertes Projekt leitete, das die angeblichen Übergriffe der afghanischen Regierung gegen die Hazara-Minderheit des Landes dokumentierte. Doch als die US-Geheimdienste vor einer bevorstehenden russischen Invasion in der Ukraine zu warnen begannen, änderte sich der Auftrag schnell.

«Unser ursprüngliches Einsatzkonzept bezog sich eigentlich auf Afghanistan», so Raymond. «Und wir wurden in die Ukraine umgeleitet. Wir sollten die Hazara beobachten. Und dann wurden wir in diese Sache

hineingezogen. Zwei Wochen vor der Invasion wurden wir angewiesen, uns bereitzuhalten und eine Gruppe zu bilden, und im Frühjahr wussten wir dann, dass die guten Dinge passieren würden.»

Raymond fügte hinzu, dass der Nationale Geheimdienst der USA «eine Menge Druck» auf sein Team bei Yale HRL ausübte, um die Operationen der russischen Regierung zur Umsiedlung von Bürgern aus der Ostukraine in die Russische Föderation zu dokumentieren.

«Wir fragten uns: «Okay, wie sollen wir das machen?», erinnerte er sich. «Und so verbrachten wir den Sommer bis in den frühen Herbst hinein damit, unser operatives Konzept auszuarbeiten. Und erst im Oktober [2022] wurde uns wirklich klar, wie wir es machen sollten. Und der Trick war, dass wir in russische VPN-Netzwerke eindringen und wie russische Bürger aussahen, die sich lokale VK-Konten [russische soziale Medien] anschauten.»

Auf die Frage, warum sein Forschungsteam nicht versucht hat, Programme innerhalb Russlands wie den Donbass-Express zu besuchen, sagte Raymond: «Wir sind eine Persona non grata. Wir werden von den Russen als verlängerter Arm der US-Geheimdienste betrachtet.»

Obwohl er einräumte, eng mit den US-Geheimdiensten und dem Aussenministerium zusammenzuarbeiten, bestritt Raymond, dass die Konzentration von Yale HRL auf angebliche russische Gräueltaten unter Ausschluss der von der Ukraine begangenen Gräueltaten auf die Finanzierung durch die US-Regierung zurückzuführen sei. «Die mutmasslichen ukrainischen Gräueltaten können wir mit unseren Mitteln wahrscheinlich nicht aufdecken», betonte er. «Denn es handelt sich meist um kleine Einheiten mit Kriegsgefangenen. Angeblich haben sie ein paar Jungs in die Knie geschossen.»

Raymond verwies auf die Dokumentation eines russischen Angriffs auf ein ukrainisches Getreidesilo durch eine Einheit als typisches Beispiel «für ukrainischen Schwachsinn». «Wir glauben, dass die Ukrainer unter dem Silo ein Ammoniumphosphat-Labor betrieben haben, um Munition herzustellen», sagte er.

Obwohl er sagte, dass «das einzige, was dieses [Explosions-]Loch verursacht haben könnte, im Grunde eine Bombenfabrik ist», behauptete Raymond, es sei unmöglich, seinen Verdacht zu bestätigen.

Während er die dokumentierten Erschiessungen wehrloser Gefangener durch das ukrainische Militär und die Nutzung ziviler Infrastrukturen zur Verschleierung von Militäreinrichtungen herunterspielte, ging Raymond auf die russische Politik ein, ethnisch russische Kinder zu Kulturprogrammen zu bringen, und beschuldigte Moskau eines kriminellen Prozesses der «Russifizierung».

Auf die Frage, ob die meisten der Kinder, die an den von Yale HRL untersuchten Programmen teilnehmen, sich bereits als Russen betrachten und aus separatistischen, ethnisch russischen Regionen stammen, die von der von den USA unterstützten ukrainischen Regierung mit Gewalt angegriffen wurden, und ob einige von ihnen keine Heimat mehr haben, in die sie zurückkehren können, weil sie im Konflikt zerstört wurden, reagierte Raymond abweisend.

«Selbst wenn das wahr wäre, handelt es sich um ein Kriegsverbrechen», betonte Raymond. «Nach der Genfer Konvention darf ein Staat, der an einem bewaffneten Konflikt beteiligt ist, unter keinen Umständen Kinder aus einem anderen Staat adoptieren oder transferieren.»

Während Raymond den ethnischen und politischen Hintergrund der Kinder bei der Feststellung, ob ihre Rechte verletzt wurden, nicht berücksichtigt, räumte er freimütig ein, dass die überwiegende Mehrheit der Lager, die sein Team von Yale HRL untersuchte, wie der Donbass-Express «in erster Linie der kulturellen Erziehung dienten, wie ich sagen würde, Teddybär.»

Quelle: ICC's Putin arrest warrant based on State Dept-funded report that debunked itself – The Grayzone

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/04/14/haftbefehl-gegen-putin-beruht-auf-erfundenen-deportationen-ukrainischer-kinder/>

NATO-HYÄNE URSULA **Die Karriere der von der Leyen**

Autor: Uli Gellermann, Datum: 8.4.2023

Glaubt man der britischen Zeitung THE SUN, dann könnte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bald die Nachfolge von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg antreten. Das berichtete THE SUN unter Berufung auf eine diplomatische Quelle. Die SUN gehört dem US-amerikanischen Medien-Milliardär Rupert Murdoch. Und was Murdoch berichtet, egal wie trübe seine Quellen auch sind, das will er auch. Und was Murdoch will, das wird geschehen; früher oder später.

Doktorarbeit nicht selbst erlegt

Frau von der Leyen findet im Tierreich ein eindeutig kompatibles Tier: Die Hyäne. Hyänen, das weiss die Zoologie, ernähren sich von Aas, von totem Fleisch. Schon die Doktorarbeit der von der Leyen nährte sich von Wissen, das sie nicht selbst erlegt hatte: In von der Leyens Dissertation aus dem Jahr 1990 finden sich jede Menge Textübernahmen von anderen, die sie nicht als solche gekennzeichnet hatte. Auch im Sozialver-

halten sind Hyänen für die von der Leyen beispielhaft: Tüpfel- und Schabrackenhyänen leben in Gruppen, die «Clans» genannt werden.

Hyänen leben in Clans

Die Albrechts, Ursulas Vorfahren, sind ein grossbürgerlicher Clan gläubiger Protestanten. Das anerkannte Oberhaupt war Ernst Albrecht. In dessen Zeit als Ministerpräsident Niedersachsens hatte der Geheimdienst das «Celler Loch» inszeniert, einen Bombenanschlag auf ein Gefängnis, der der RAF in die Schuhe geschoben werden sollte. Ob Ernst Albrecht seiner Tochter die Geheimdienst-Verbindungen vererbt hat, ist nicht bekannt. Vererbt hat er ihr eindeutig sein CDU-Macht-Netzwerk: Die Basis der von der Leyen, die es, darauf gestützt, von der niedersächsischen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, über die Jobs der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerin für Arbeit und Soziales und von 2013 bis 2019 zur Bundesministerin der Verteidigung gebracht hat. Seine Krönung erfuhr das Clan-Geflecht, als die Dame Präsidentin der Europäischen Kommission wurde.

Raum für die Menschenfresserei

Dass die von der Leyen heftig an totem Fleisch interessiert ist, lässt sich am besten in ihrer Haltung zum Ukrainekrieg erkennen: Gern lässt sie 450 Millionen Euro an EU-Geldern für Waffen für die Ukraine überweisen, in einen Krieg, der nur noch mehr Tote produziert. Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat sich auch für die Lieferung von «Leopard 2»-Panzern an die Ukraine ausgesprochen: «Ich denke, die Ukraine sollte die militärische Ausrüstung bekommen, die sie braucht.» Und als sie sich für den EU-Beitritt der Ukraine aussprach, war ihr klar, dass es um die weitere Einkreisung Russlands und die Verlängerung des Krieges ging. Hyänen sind territoriale Tiere, die Reviergrösse hängt von der Art und dem Nahrungsangebot ab. Die Erweiterung des EU-Territoriums gibt die prima Aussicht auf mehr Platz für den Krieg, mehr Raum für die Menschenfresserei.

«Strafmassnahmen» in der Schublade

Als die TAGESSCHAU ihr untertänig die Schlagzeile «Die Macht der Krisenmanagerin» widmete, textete Helga Schmidt vom ARD-Studio Brüssel: «Am Tag, als Wladimir Putin seine Truppen in die Ukraine einmarschieren lässt, liegen in einem Brüsseler Büro die Strafmassnahmen schon in der Schublade. Akribisch vorbereitet, im Berlaymont-Gebäude, wo Ursula von der Leyen ihr Büro hat. Wochen vorher hatte sie ihre engsten Mitarbeiter darauf angesetzt, die schärfsten Sanktionen in der Geschichte der EU vorzubereiten.» Wer der NATO so nahesteht wie die von der Leyen, der kann sich ausrechnen, wann die Russen ihre Einkreisung durchbrechen werden, der weiss, wann die Bedrohung Russlands durch die US-Biowaffen in der Ukraine eine militärische Antwort finden wird. Der hat die «Strafmassnahmen» in der Schublade.

Entscheidung zu einem Atomkrieg

Nun soll die von der Leyen den leckersten Job bekommen, den sich eine Hyäne vorstellen kann: Sie wird mit darüber entscheiden, wann Europa zu einem Schlachtfeld, zu einer prima Gegend für Aasfresser wird. Die Dame speichelt schon und freut sich auf ihr Büro in der Ulmer NATO-Kommandozone. Die Nuklearwaffen für die NATO sind heute auf sechs Luftwaffenstützpunkten in Kleine Brogel (Belgien), Büchel (Deutschland), Aviano und Ghedi Torre (Italien), Volkel (Niederlande) und Incirlik (Türkei) stationiert. Die Geschwindigkeit, mit der der Westen auf einen Krieg in Europa zusteuert, lässt keinen Zweifel zu, dass die Entscheidung zu einem Atomkrieg mit ähnlichem Tempo fallen würde. Hyänen kennen keinen Zweifel.

Von der Leyen – die ideale Frontfrau

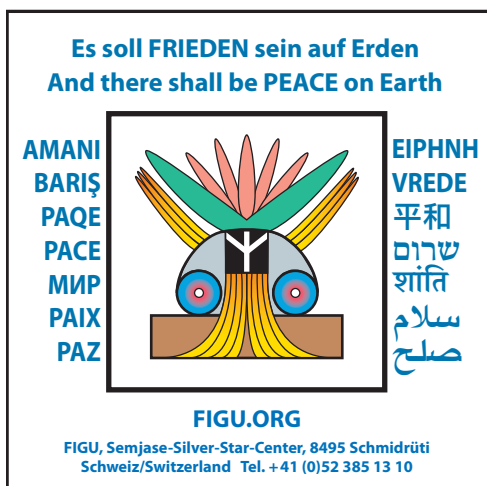
Einen konventionellen Krieg können die NATO-Länder nicht gegen Russland gewinnen: Dazu sind die Nachschublinien der westlichen Truppen zu lang. Schon jetzt ist zu beobachten, dass die ukrainischen Truppen, die geplanten Opfer im Krieg gegen Russland, nicht schnell genug munitioniert werden können, um eine Entscheidung zu erzwingen. Aber natürlich erwarten die USA auf Dauer einen Sieg. Warum sonst hat man die NATO-Grenze immer näher an die russischen Grenzen verschoben? Mit der Absicht, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, hat sich das West-Bündnis vom alten Konzept des strategischen Gleichgewichts verabschiedet. Für diese gesteigerte Aggressivität ist die von der Leyen die ideale Frontfrau.

Germans to the Front

Der Aggressor mit der Rentnermaske, Joe Biden, hat die neue NATO-Chefin erkannt: «Danke, Frau Präsidentin, für die persönliche Freundschaft, die Partnerschaft und vor allem für die Führungsstärke.» Das sagte der US-Präsident bei seinem ersten Besuch in Europa nach dem Beginn des Kriegs in der Ukraine. Führungsstärke, das meint «Germans to the Front»; deren Blut zu vergiessen, fällt einem US-Präsidenten leicht und mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, der künftigen Nato-Generalsekretärin, hat er eine kongeniale Partnerin gefunden: Aas können Hyänen aus einer Entfernung von zehn Kilometern riechen.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/nato-hyaene-ursula>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

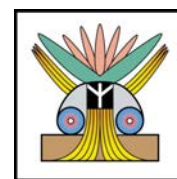
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz